

Standpunkte • Analysen • Hintergründe



Sicherheit Stabilität

Mai 2005

Europa als globaler Akteur
Aktuelle Schwerpunkte Europäischer Außen- und
Nachbarschaftspolitik
Berita Ferrero-Waldner

Vision Europa - Sicherheitspolitik in den Zeiten der
Globalisierung
Harald Müller

Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen
Zu den Bewerbungen Deutschlands und Japans um
einen ständigen Sitz
Hans-Joachim Vergau

Nationale Konflikte
Egbert Jahn

Typologie politischer Gewalt am Beispiel der
Philippinen
Martin Wagener

Aus den Politikbereichen



Sicherheit + Stabilität

3. Jahrgang 2005
ISSN 1611-907X

Herausgeber: *Bundesakademie für Sicherheitspolitik*

Redaktion: *Dr. Rudolf Adam, Lutz Arnold, Cornelia Roßmann*

Redaktionskonferenz: Studienbereich der *Bundesakademie für Sicherheitspolitik*

Redaktionsanschrift: Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Schlossanlage Schönhausen,
Ossietzkystraße 44/45, 13187 Berlin, Tel.: 030 / 40046-400; Fax: 030 / 40046-421

Kontaktadresse Freundeskreis: Kristian Zunke, Studienreferent Verteidigungspolitik
Ossietzkystraße 44/45, 13187 Berlin, Tel.: 030/400 46-311, Fax: 030/400 46-421,
E-Mail: zunke@baks.bund.de

Manuskripte: Beiträge sollten in elektronischer Form übersandt werden. Das Format wird
von der Redaktion einheitlich erstellt. Von der Redaktion können Layout-Vorgaben für
Manuskripte angefordert werden.

Verlag- und Anzeigenverwaltung: BWV • BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG GmbH,
Axel-Springer-Str. 54 b, D-10117 Berlin, Tel.: 030/841770-0, Fax: 030/841770-21,
E-Mail: bwv@bwv-verlag.de

Druck: NOMOS Druckhaus Sinzheim, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Erscheinungsweise: 2 Hefte pro Jahr mit ca. 120 Seiten Umfang pro Heft

Bezugspreis: Jahresabonnement 38,- €, Einzelheft 20,- €
jeweils inkl. MWSt. zzgl. Versandkosten

Vorzugspreis: Freundeskreis der Bundesakademie für Sicherheitspolitik 26,- €,
Studentenabonnement 30,- € (jeweils gegen Nachweis)
Bestellungen nehmen der Buchhandel und der Verlag entgegen;
Abbestellungen vierteljährlich zum Jahresende.

Urheberrecht: Die Zeitschrift und die in ihr enthaltenen Aufsätze, Beiträge und
Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen ohne vorherige schriftliche
Zustimmung des Verlages weder vollständig noch in Teilen vervielfältigt werden. Dies gilt
auch für Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und
Zurverfügungstellung in elektronischer Form.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion
bzw. der Herausgeber wieder.

Inhalt

Zu dieser Ausgabe 3

Der Standpunkt

Europa als globaler Akteur 7
Aktuelle Schwerpunkte Europäischer Außen- und Nachbarschaftspolitik
Benita Ferrero-Waldner

Analysen und Essays

Vision Europa – Sicherheitspolitik in den Zeiten der Globalisierung 23
Harald Müller

Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. 34
Zu den Bewerbungen Deutschlands und Japans um einen ständigen Sitz
Hans-Joachim Vergau

Nationale Konflikte 49
Egbert Jahn

Typologie politischer Gewalt am Beispiel der Philippinen 73
Martin Wagener

Aus den Politikbereichen

Entwicklungspolitik 115

Verteidigungspolitik 120

Staats- und Völkerrecht 122

Informationen

Internet im Fokus 125
Das 'Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik' (DIAS)

Buchrezensionen 128

Belgien, in Italien (Südtirol) und in vielen anderen Ländern genutzt. Eine primitive Vorform davon findet sich in den 'affirmative actions' in einigen staatlichen Institutionen der USA. Der moderne mobile Mensch trägt seine ethnische Herkunft und Muttersprache wie seine religiöse Konfession mit sich, wenn er als Neomade von Land zu Land zieht und dort zeitweise arbeitet und lebt. Er kann beides nicht so leicht ablegen wie sein Hemd, seine Staatsangehörigkeit oder auch seine politische Überzeugung. Er will es oft auch nicht und begreift seine sprachlich-ethnische und konfessionelle Herkunft auch als eine im Kern zu bewahrende Zukunft. Dann setzt er sich dafür ein, dass aus seinen Nachkommen nicht Menschen anderer Sprache und Kultur werden. Viele Franzosen, die in Zukunft in Deutschland arbeiten und leben werden, wollen französische, keine deutschen Kinder zur Welt bringen und ihnen Französisch als Muttersprache beibringen. In dem Moment, in dem sie auf die Idee kommen, dass ihre Steuergelder auch dafür verwandt werden sollen, ihren Kindern französischen Unterricht in Schulen Deutschlands zu erteilen, beginnt die Entstehung von national-autonomen Korporationen größeren Maßstabs in ganz Europa. Das geht sicherlich nicht ohne Konflikte ab. Was für Franzosen gut sein wird, wird auf die Dauer den Türken billig sein. Die Geschichte des Nationalismus hat erst begonnen, die eines zivilisierten, demokratischen Nationalismus, der zur humanen, zivilen Konfliktaustragung unterschiedlicher nationaler Interessen fähig ist, steckt noch in ihren Anfängen. Je weiter die europäische Integration und die Globalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft voranschreiten, desto mehr nationale Konflikte wird es unvermeidlich geben. Es gibt keinerlei historische Notwendigkeit, sie immer wieder destruktiv auszutragen. Nationale Konflikte können wie soziale Konflikte im Sinne eines gesellschaftlichen Fortschritts aller Beteiligten konstruktiv ausgetragen werden. Das setzt voraus, dass man nationale Konflikte nicht ignoriert und unterdrückt, sondern rechtlich regelt und politisch in gemäßigter Form organisiert.

Prof. Dr. Egbert Jahn ist Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Mannheim und Leiter des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung (MZES)

Typologie politischer Gewalt am Beispiel der Philippinen

Martin Wagener

Seit dem 11. September 2001 wird der Begriff des 'Terrorismus' in Politik und Medien zunehmend inflationär zur Kennzeichnung substaatlicher Gewalterrscheinungen verwendet. Zur Pauschalisierung gehört, hinter den meisten spektakulären Anschlägen terroristische Motive zu vermuten und sie Hintermännern der Al Qaida zuzuordnen. Verschiedene Regierungen haben zudem die Gunst der Stunde genutzt, innenpolitische Gegner als 'Terroristen' zu etikettieren, um sowohl repressive Maßnahmen zu rechtfertigen als auch die Unterstützung der Staatenwelt für ihr Handeln zu erhalten oder es aber wenigstens zu legitimieren. Etymologische Nachlässigkeit sowie Versuche politischer Instrumentalisierung, durch die ebenso unbewusst wie auch ganz gezielt inhaltliche Unterschiede zwischen internationalen Terroristen, Insurgenten und Banditen aufgehoben werden, sind gleichwohl nur eine Ursache der zu beobachtenden mangelnden begrifflichen Schärfe. Hinzu kommt, dass viele Gruppierungen idealtypischen Definitionen nicht gerecht werden und eher einem Mischtypus entsprechen, wodurch eine exakte Einordnung erschwert wird.

Der vorliegende Beitrag versucht, eine Differenzierung innerstaatlicher Widerstandsgruppen vorzunehmen. Als Anwendungsbeispiel werden dazu die Philippinen herangezogen, die aus empirischer Sicht günstige Voraussetzungen zur Überprüfung einer Typologie politischer Gewalt aufweisen. Nur wenige Staaten verfügen über eine derartige Fülle unterschiedlicher, substaatlicher Gewaltformationen wie das Inselarchipel. Die Philippinen sind zugleich das Land des asiatisch-pazifischen Raumes, in dem die USA die meisten terroristischen Gruppierungen identifiziert haben. Zu ihnen, den Foreign Terrorist Organizations (FTO), zählt das amerikanische Außenministerium die Abu Sayyaf Group (seit Oktober 1997), die Al Qaida (seit Oktober 1999), die Communist Party of the Philippines und ihren militärischen Arm, die New People's Army (seit August 2002), sowie die Jemaah Islamiyah (seit Oktober 2002). Hinzu kommen die Pentagon Gang und die Alex Boncayao Brigade, die seit Dezember 2001 auf der Terrorist Exclusion List (TEL) stehen. Darüber hinaus wurde verschiedentlich die Erklärung der Moro Islamic Liberation Front zur FTO angedacht.

Diese Aufstellung der US-Administration erweckt den Eindruck, dass die Philippinen geradezu eine Art Hort des asiatisch-pazifischen Terrorismus sein müssen. Skeptisch dürfte dabei jedoch stimmen, dass vier der sechs genannten Gruppierungen erst seit den Anschlägen von New York und Washington D.C. als terroristische Vereinigungen bezeichnet werden – und dies, obwohl sie bereits zuvor aktiv waren und weder ihre Ziele noch ihr Handeln nach dem 11. September 2001 wesentlich verändert haben. Vor diesem Hintergrund soll nachfolgend versucht werden, folgende Frage zu beantworten: Welche philippinischen Widerstandsgruppen, die aktiv politische Gewalt anwenden, werden inhaltlich den typologischen Merkmalen einer terroristischen Vereinigung gerecht?

Antworten auf diese Frage haben nicht nur politikwissenschaftliche, sondern auch eine ganz praktische Relevanz. Nur durch die genaue Kenntnis des Gegnertypus werden, *erstens*, Aussagen über die zu erwartenden Formen politischer Gewalt möglich. Regierungen können, *zweitens*, nur dann eine effektive Eindämmungsstrategie entwickeln, wenn sie die Schwachstellen des Gegners kennen, die sich zumindest abstrakt über eine typologische Klassifizierung deduzieren lassen. Über diese werden, *drittens*, Anhaltspunkte identifizierbar, die den Wandel einer Gruppierung signalisieren. Die Kenntnis solcher Metamorphosen der Gewalt ist für Entscheidungsträger insofern von Bedeutung, als im Ergebnis nicht nur schwächere oder stärkere Widerstandsformen zu erwarten sind, sondern auch eine veränderte politische Eindämmungsstrategie erforderlich wird bzw. sich sogar Optionen der Einbindung eröffnen. Systematisch durchgeführte Einordnungen substaatlicher Gewaltformationen haben schließlich im Zeitalter des 'Krieges gegen den Terrorismus', *viertens*, eine bündnispolitische Dimension: Staaten, die engen Sicherheitspartnern Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus zugesagt haben, werden nicht wortbrüchig, wenn sie Anfragen zur Bekämpfung von Gruppierungen ablehnen, die z. B. eher dem Typus des Insurgenten gerecht werden.

Die Untersuchung gliedert sich in drei Kapitel. Zunächst werden internationale Terroristen, Insurgenten und Banditen typologisiert sowie voneinander abgegrenzt. Darauf werden die wichtigsten substaatlichen Gewaltformationen auf den Philippinen den Idealtypen zugeordnet. Abschließend wird die amerikanische Definition einer FTO mit der hier vorgenommenen Typologisierung verglichen und bewertet. Sämtliche Ausführungen stehen dabei unter dem Vorbehalt, dass exakte Einschätzungen ihre Grenzen in einer unsicheren Quellenlage finden. Aus der Distanz ist z. B. nicht zu bewerten, ob nach einem militärischen Zusammenstoß die Regierung in Manila oder die betroffenen Insurgenten

ten eine realitätsnahe Bewertung der Ereignisse abgegeben haben. Die Abhängigkeit des Wissenschaftlers von der lokalen Presse und amtlichen Verlautbarungen hat ebenfalls Konsequenzen, soweit die Berichte auf polizeilichen Verhörprotokollen basieren. Ob ein befragter Terrorist die Wahrheit gesagt hat, bewusst Desinformation betreibt oder aber von offizieller Stelle verfälscht dargestellt worden ist, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Berichte über Foltermethoden einzelner philippinischer Polizisten lassen zudem vermuten, dass diverse Häftlinge zu Falschaussagen gezwungen worden sind (*Amnesty International* 2003; *Department of State* 2005). Schließlich müssen Hochrechnungen und Schätzungen über die Stärke einzelner Widerstandsgruppen kritisch hinterfragt werden, da deren Ausgangsdaten oftmals nicht rekonstruierbar sind.

Typologische Charakteristika

Die Unterscheidung von internationalen Terroristen, Insurgenten und Banditen wird an zehn Charakteristika durchgeführt: politisch-sozialer Hintergrund, Akteurszusammensetzung, Ziele, organisatorische Struktur, Finanzierung, Form der Gewaltanwendung, rechtlicher Status, Rückhalt in der Bevölkerung, externe Kooperationspartner, Möglichkeit innenpolitischer Einbindung. Die nachfolgenden Ausführungen können aus Platzgründen nur eine Skizze darstellen, die wesentliche Charakteristika einzelner Typen sowie gängige Mischformen andeuten soll.

Internationale Terroristen

Abhandlungen zum (internationalen) Terrorismus weisen unisono darauf hin, dass es bislang keine allgemein anerkannte Terrorismus-Definition gibt (*Hirschmann* 2002: 30-34; *Laqueur* 2004: 232-238). So ist jeder Autor immer wieder aufs Neue gezwungen, eine Begriffsbestimmung vorzunehmen. Im Lateinischen wird das Wort 'terror' mit 'Schrecken' übersetzt. In diesem Sinne wird Terrorismus etymologisch als „Einstellung und Verhaltensweise, die darauf abzielt, (politische) Ziele durch Terror durchzusetzen“ (*Duden* 2003: 1574), verstanden. Vom internationalen Terrorismus ist dann zu sprechen, wenn die Ziele einer terroristischen Gruppe nicht an den Grenzen des eigenen Landes enden und sie ihre organisatorischen Strukturen sowie die eingesetzten Mittel auf mehr als einen Staat ausgedehnt hat. Mitglieder werden zunehmend international rekrutiert, und die regionale/globale Kooperation mit ähnlichen Akteuren nimmt zu (*Schmeckener* 2002: 15-18). Terroristen sind kompromisslose Antagonisten der herrschenden Verhältnisse in einem Staat oder in einer Region, de-

ren politisches System sie aus religiösen, ethnischen bzw. sozialen Gründen in toto ablehnen. Der Sturz der Regierenden, verbunden mit der Hoffnung auf eine (revolutionäre) historische Umkehr des von der Bevölkerung eingeschlagenen politischen Weges, ist das zentrale Handlungsmotiv. Eine Sonderform stellt der vigilantistische Terrorist dar. Er versucht, die herrschende Ordnung durch Selbstjustiz zu verteidigen, wobei er Personen ohne Rückgriff auf geltende Gesetze zu Systemfeinden erklärt (Waldmann 1998: 92-97). Terroristen treten als Einzelpersonen oder kleine Gruppen auf; im Gegensatz zu Insurgenten verfügen sie nur über eine geringe Zahl von Aktivisten.

Terroristen gelingt es für gewöhnlich nicht, wenngleich dies eines ihrer Ziele sein kann, größere Unterstützung in der Bevölkerung zu erlangen, die über vereinzelte Sympathiebekundungen hinausgeht. Sie leben daher im Untergrund, operieren verdeckt und organisieren sich über ein Netzwerk, das in der Regel aus einer politischen Führung und verschiedenen, dezentral agierenden Zellen besteht. Da sie nicht in der Lage sind, eigene Rückzugsgebiete militärisch zu kontrollieren, verfügen sie über kein angestammtes Territorium, das sie materiell versorgen könnte. Sie sind daher nicht nur darauf angewiesen, sich über die Infrastruktur des Gegners zu finanzieren (z. B. durch Banküberfälle), sondern müssen über diese auch die zur Gewaltausübung notwendigen Instrumente generieren (z. B. Waffendiebstahl). Terroristen organisieren sich im Untergrund, wobei als Rückzugs- und Vorbereitungsraum insbesondere offene, demokratische Gesellschaften oder aber Gebiete mit zerfallender Staatlichkeit ('failing/failed states') attraktiv sind. Dabei ist ein Terrormetzwerk einem organisatorischen Paradoxon ausgesetzt: Mit einer Ausdehnung der Mitgliederzahl steigt immer auch die Gefahr, von staatlichen Spitzeln penetriert bzw. von Kollaborateuren verraten zu werden. Die Vergrößerung der Basis wird damit zur Gefahr des Netzwerkes. Rechtlich gelten Terroristen als Kriminelle, die keinen legalen Kombattantenstatus beanspruchen können (Heintze 2002: 75-79). Das II. Zusatzprotokoll von 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 geht in 'nicht internationalen bewaffneten Konflikten' einerseits von größeren bewaffneten, einer zentralen Leitung unterstehenden Gruppen aus (Artikel 1). Andererseits fordert Artikel 13: „Weder die Zivilbevölkerung als solche noch einzelne Zivilpersonen dürfen das Ziel von Angriffen sein. Die Anwendung oder Androhung von Gewalt mit dem hauptsächlichsten Ziel, Schrecken unter der Zivilbevölkerung zu verbreiten, ist verboten.“ (Sartorius 2004: 7)

Terroristen sind der Staatsmacht personell und materiell weit unterlegen, weshalb sie strukturell keine Aussicht darauf haben, die jeweilige Regierung in einer direkten militärischen Konfrontation herauszufordern. Entsprechende

Gruppierungen müssen folglich Gewalt in asymmetrischer Form anwenden. Dies bedeutet, Duellsituationen mit der Staatsmacht auszuweichen, dafür jedoch ihre ungeschützten Schwachstellen überraschend anzugreifen. Zwei bevorzugte Zielkategorien können unterschieden werden: Terroristen attackieren entweder den Staat, in concreto Vertreter des politischen Systems und dessen Institutionen (insbesondere jene von hohem symbolischen Wert). Oder aber es werden Angriffe gegen die ökonomischen Lebensadern der Gesellschaft und ihre - in diesem Fall willkürlich ausgewählten - Bürger durchgeführt. Religiös orientierte Gruppen sind dabei tendenziell gewaltbereiter als ihre ethnisch bzw. sozialrevolutionär ausgerichteten Pendanten (Cronin 2003: 41-42). Während Letztere zur Durchsetzung ihrer langfristigen Interessen auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen sind, können Erstere ihre Handlungsmotivation auch über mit dem Jenseits verbundene Verheißungen erhalten. Das Beispiel der Aum-Sekte, die im März 1995 einen Giftgasanschlag in der Tokioter U-Bahn verübte, dem zwölf Menschen zum Opfer fielen, zeigt zudem, dass von diesen Gruppierungen am ehesten der Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu erwarten ist.

Sämtliche Varianten der Gewaltanwendung haben eines gemeinsam: Nicht ihre unmittelbare, physische Wirkung (z. B. der Tod eines Ministers, die Zerstörung eines Regierungsgebäudes, die Sprengung einer Ölpipeline oder ein von einer Bombe zeretzter Bus), sondern die vom Akt ausgehende Botschaft, mithin ein psychologisches Moment, ist das Ziel der Tat. Die Medien werden dabei zu einkalkulierten, aber meist unfreiwilligen Helfershelfern der Attentäter, indem sie die angestrebten Schockeffekte mittels Ausstrahlung möglichst grausamer Bilder visualisieren. Die Gewaltakte sollen dem Bürger als „zu interessierenden Dritten“ (Münkler 2002: 180-182), den es zu politisieren gilt, signalisieren, dass seine Regierung schwach ist und ihr Gewaltmonopol nur begrenzt zum Schutz des Gemeinwesens nutzen kann. Wer zudem zu große Nähe zum Staatsapparat zeigt, könnte selbst in das Visier der Terroristen geraten. Der Terrorismus kann daher im Schwerpunkt als „Kommunikationsstrategie“ (Münkler 2001) begriffen werden, zu der politisch gewaltbereite Gruppen in Ermangelung effektiverer Alternativen (z. B. Frontalangriffe mit mehreren Hundertschaften gegen militärische Einrichtungen) greifen. Terroristische Methoden werden deshalb auch als „Verlegenheitsstrategie“ (Waldmann 1998: 11) bezeichnet.

Die meisten greifbaren Erfolge dieses politischen Gewalttypus lassen sich im Bereich taktischer Konzessionen betroffener Staaten finden. So gab die philippinische Führung im Juli 2004 den Forderungen der Entführer von Angelo de la

Cruz nach und zog ihr 51 Soldaten starkes Truppenkontingent aus dem Irak ab, um das Leben des LKW-Fahrers zu retten. Die Terroristen hatten in diesem Fall leichtes Spiel, da sie Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo (seit 2001) vor eine einfache Wahl stellen konnten: Entweder wird sie sich mit dem Vorwurf von sieben bis acht Millionen Overseas Filipino Workers (OFW), ihren Landsmann im Stich gelassen zu haben, auseinandersetzen müssen. Die in den Präsidentschaftswahlen vom Mai 2004 nur knapp unterlegene Opposition hätte vermutlich versucht, dieses Thema bis zur Regierungskrise auszuweiten. Oder sie nimmt einen vorübergehenden Gesichtverlust im Ausland hin, was Arroyo schließlich tat. Terroristen steigern demnach – zumindest theoretisch – dann ihre Erfolgchancen, wenn die Ablehnung ihrer Forderungen höhere Kosten verursacht als ein Entgegenkommen. Getestet wird dabei schlicht die Standfestigkeit des politischen Willens der bekämpften Staatsführung. Das eigentliche langfristige Ziel erreichen diese Gruppierungen aber erst, wenn sie die Loyalität des Bürgers zum System erschüttern – und nur dann können Anschläge im politischen Sinne als wirklich erfolgreich gewertet werden! Eine solche Entfremdung ist etwa geglückt, wenn Polizei und Armee im Zuge terroristischer Akte Rekrutierungsprobleme bekommen. Sie ist mit Blick auf das Ausland erfolgreich, wenn dessen Unternehmen Investitionen scheuen oder Touristen ausbleiben, wodurch das Wirtschaftssystem des betroffenen Landes geschädigt wird. Im Idealfall schlägt der Staat in dieser Auseinandersetzung, so die Überlegung, derart hart zurück, dass er in Widerspruch zu sich selbst gerät und als der eigentliche Aggressor erscheint. Er könnte z.B. eine zu große Einschränkung der Bürgerrechte vornehmen, oder aber es kommt zu einem Verlust der Selbstkontrolle der regulären Streitkräfte (Van Creveld 1991: 260-261). Terroristen hoffen, dadurch einen Keil zwischen Regierung und Bevölkerung treiben zu können, an dem das politische System langfristig zerbricht. Das strategische Kalkül offenbart gleichzeitig die zentrale Schwachstelle dieser substaatlichen Gewaltformation: Da Terroristen selbst nicht in der Lage sind, den Staat zu stürzen, muss dieser bereit sein, entsprechend unverhältnismäßig zu reagieren. Nur dann kann „Provokation als Machtstrategie“ (Waldmann 1998: 32-39) funktionieren.

Insurgenten

Der Begriff des 'Insurgenten', der auf das lateinische 'insurgere' ('sich erheben') zurückgeht, umfasst Aufständische und Aufrührer (Duden 2003: 839). Zu ihnen sind grundsätzlich alle größeren, organisierten und gewaltbereiten Gruppen zu zählen, die in Opposition zur Staatsmacht stehen. Synonym ist von Freischärlern, Befreiungskämpfern, Rebellen, Partisanen und Guerilleros die Rede.

Je nach Agenda können zusätzlich spezifische Ausprägungen wie etwa jene der Separatisten unterschieden werden. Eine besondere Erscheinungsform der Insurgenten sind die 'Warlords' (engl.: 'Kriegsherren'), die innerhalb eines Staates über ein eigenes Territorium herrschen. Sie haben sich mit der Regierung auf ein Stillhalteabkommen geeinigt oder werden von ihr bekämpft. Denkbar ist jedoch auch, dass sie die Übernahme der Zentralgewalt anstreben oder aber mit dieser gegen konkurrierende Gruppen militärisch kooperieren. Im Gegensatz zu allen anderen Insurgenten gelingt es Warlords, in ihrem Gebiet über längere Zeit gefestigte Herrschaftsstrukturen zu errichten, die einem 'Staat im Staate' gleichkommen. Sie verfügen über stehende Heere und damit die Option offener Feldschlachten. Politische Gewalt wird vor allem zur Verwirklichung persönlicher Interessen eingesetzt. Einer der bekanntesten Warlords der Geschichte war Albrecht von Wallenstein, der im Dienste des Kaisers während des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648) auch dem Typus des Söldnerführers gerecht wird. Für die Zeit nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes sind u. a. Mohammed Aidid (Somalia), Khun Sa (Burma) oder Abdul Rashid Dostum (Afghanistan) als Kriegsherren zu nennen.

Der größte Teil der Fachliteratur, der sich mit Insurgenten beschäftigt, konkretisiert diese als Partisanen bzw. Guerilleros. Da sie einander typologisch sehr ähneln, werden inhaltliche Unterschiede meist nicht markiert. Viele Autoren verwenden beide Begriffe in derselben Abhandlung synonym, was auch auf die Übersetzung von Sprachlexika zurückzuführen ist. Das französische 'guérillero' wird z. B. in manchen Wörterbüchern schlicht mit „Partisan“ (Langenscheidt 1990: 593) übersetzt. Soweit dennoch Differenzierungen vorgenommen werden, ist folgender Unterschied zu nennen: Der Begriff des 'Partisanen' geht auf das lateinische 'pars' ('Partei') zurück und findet seine wörtliche Entsprechung im französischen 'partisan' ('Parteigänger'). Im Vergleich dazu hat der Begriff des 'Guerilleros' spanische Wurzeln und basiert auf 'guerra' ('Krieg') mit der Verkleinerungsform 'guerrilla' ('kleiner Krieg'). Der einzige inhaltliche Unterschied leitet sich von dem zu bekämpfenden Gegner ab. Etymologisch ist der Partisan ein Aufständischer, der in einer Gruppe „gegen den in sein Land eingedrungenen Feind kämpft.“ (Duden 2003: 1186) Er setzt also eine Form von Fremdherrschaft und damit ein Besatzungsregime voraus. Der Begriff des 'Partisanen', den Ernst Jünger zum 'Waldgänger' (Jünger 1951: 110-116) stilisierte, wurde insbesondere während des Zweiten Weltkrieges zur Kennzeichnung des Widerstandes gegen die nationalsozialistischen Okkupationstruppen in Europa verwendet. Prominente Erscheinungsformen waren z. B. die französische Résistance und die von Tito geführten Verbände im besetzten Jugoslawien. Dagegen kämpfen Guerilleros grundsätzlich nur gegen die Regierung ih-

res Landes. Zu den prominentesten Guerillaführern des vergangenen Jahrhunderts zählen *Mao Tse-tung* und *Ernesto (Che) Guevara*. Die weiteren Ausführungen zum Insurgenten übernehmen dieses Verständnis und konzentrieren sich im Sinne der zu untersuchenden Forschungsfrage auf den Guerillero. Es sei jedoch noch erwähnt, dass einzelne Begriffe im Wandel der Zeit immer wieder mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten konnotiert wurden. Von Guerilleros wurde erstmalig zur Kennzeichnung des Widerstandes irregulärer Truppen gegen die französische Vorherrschaft in Spanien von 1808-1813 gesprochen. Aus der Sicht des Dudens müssten diese Insurgenten jedoch als Partisanen bezeichnet werden.

Guerilleros streben aus ethnischen, religiösen oder sozialrevolutionären Gründen einen Wandel der herrschenden politischen Verhältnisse innerhalb eines Staates an. Sie werden als „*Agens gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Formveränderungen*“ (Hahlweg 1968: 216) verortet und sehen sich selbst als „*Avantgarde im Befreiungskampf*“, ja als „*Umgestalter der Gesellschaft*“ (Guevara 1968: 16, 18). Mögen sich Guerillaverbände in der Zeit des Ost-West-Konfliktes noch als Bestandteil einer globalen Dekolonisationsbewegung oder als Dominostein einer angestrebten kommunistischen Weltrevolution verstanden haben, so verfolgen sie gegenwärtig meist lokale Agenden. Regionale oder globale Ordnungsvorstellungen sind eher bei islamistischen Terroristen anzutreffen, die ein (grenzüberschreitendes) Kalifat anstreben. Zwischen ihnen und den Guerilleros besteht zwar insofern partielle Zielkongruenz, als beide über den Willen zum gewaltsamen Wandel des politischen Systems ihres Landes verfügen. Darüber hinaus dominieren allerdings die Unterschiede. Während Terroristen vor allem das Denken von Regierungen und ihren Bürgern beeinflussen wollen, streben Guerilleros zusätzlich immer auch nach territorialen Gewinnen. Konstitutiv für eine sich formierende Guerilla ist daher, möglichst schnell unter den Mitgliedern der eigenen Ethnie, Religionsgemeinschaft oder sozialen Schicht nachhaltige politische Resonanz zu erzeugen. Dies setzt einen tellurischen Charakter voraus, also die „*Verbindung mit dem Boden, mit der autochthonen Bevölkerung und der geographischen Eigenart des Landes*“ (Schmitt 1963: 26).

Der Rückhalt in der Bevölkerung, etwa die Gewährung von Unterschlupf oder die Zuführung von Nahrungsmitteln, tragen zu einer gesteigerten Bewegungsfreiheit der unterschiedlichen Kommandoverbände bei. Aus dieser Situation ergeben sich für Guerilleros organisatorische Chancen, über die Terroristen nicht verfügen. Indem sie ganze Gebiete unter ihre Kontrolle bringen, schaffen sie eine finanzielle und logistische Ausgangsbasis. Gelder werden über 'Revolutionsteuern' oder ähnliche Kontributionen eingezogen, aber auch durch

Überfälle und Erpressungen. In Abhängigkeit von der Gebietsgröße können feste Basen als Ausgangspunkt für weitere, raumgreifende Operationen errichtet werden. Je größer dabei die Identifikation der Bevölkerung mit den Zielen der Guerilleros ist, desto einfacher fällt es diesen, zusätzliche Kämpfer zu rekrutieren. Dieser Umstand ist auch für die Diaspora sowie ausländische Regierungen, die mit den Insurgenten aus ethnischen, religiösen oder sozialen Gründen sympathisieren, von Bedeutung. Je nach Verhalten der Guerilleros werden sie deren Widerstand finanziell unterstützen oder nicht. *Guevara* brachte diese Zusammenhänge auf eine kurze Formel: „*Die Grundlage der Guerilla ist das Volk.*“ (Guevara 1968: 16.) Allerdings ist auch eine entgegengesetzte Strategie denkbar, die nicht zuvorderst darauf setzt, Rückhalt unter den eigenen, potentiellen Sympathisanten zu gewinnen, sondern jene Bevölkerungskreise zu vertreiben, die dem Gegner loyal verbunden sind: „*Statt ein günstiges Umfeld für die Guerilla zu erzeugen, zielt die neue Kriegführung darauf, ein feindliches Umfeld für all jene zu schaffen, die sie nicht kontrollieren kann.*“ (Kaldor 2000: 157)

Guerilleros müssen aufgrund der quantitativen und qualitativen staatlichen Übermacht asymmetrisch kämpfen, indem sie die Schwachstellen regulärer Streitkräfte (z. B. ungesicherte Versorgungslinien, gering geschützte Anlagen oder Konvois) attackieren. Sie nutzen den Hinterhalt ('hit and run') und erreichen ihre Wirkung nicht durch Konzentration, sondern durch Streuung der Kräfte. Deshalb werden größere Duellsituationen mit dem stehenden Heer der Regierung gemieden: „*Guerillakrieg als Stellungskrieg ist undenkbar.*“ (Guevara 1968: 17) Der Guerillero kämpft folglich irregulär und ist dabei wesentlich stärker als staatlich befehligte Truppen auf das Überraschungsmoment angewiesen. Dazu gehört, Waffen und Abzeichen nicht offen zu tragen, denn in einem Krieg ohne Fronten wird „*die zur Schau getragene Uniform tödlich*“ (Schmitt 1963: 72-73). Die Kampfführung der Guerilleros ist insgesamt darauf angelegt, die Überlegenheit der staatlichen Streitkräfte weitgehend ins Leere laufen zu lassen: „*Der Waldgänger verfügt nicht über die großen Kampfmittel. Aber er weiß, wie Waffen, die Millionen kosten, durch kühnen Ansatz zu vernichten sind. Er kennt ihre taktischen Schwächen, ihre Blößen, ihre Entzündbarkeit.*“ (Jünger 1951: 112)

Mit Blick auf den ebenfalls asymmetrisch kämpfenden Terroristen lassen sich mehrere Unterschiede feststellen. Dieser nutzt physische Gewalt vor allem zur Übermittlung von Botschaften, wohingegen Guerilleros weitaus öfter an der Wirkung im Ziel interessiert sind, um die von ihnen kontrollierten Gebiete zu verteidigen oder zu erweitern. Aus diesem Grunde müssen sie auch weitaus größere Beträge zur Finanzierung ihres Kampfes aufwenden. Im Gegensatz zu Terroristen verfügen Guerilleros zudem aufgrund ihrer besseren personellen

Ausstattung über die Option, mit kleineren Verbänden weniger gut geschützte Polizei- oder Armeestellungen des Gegners direkt anzugreifen. Diese und alle übrigen Institutionen des Staates sowie dessen Repräsentanten gehören zu den bevorzugten Angriffszielen eines Guerillaverbandes. Dabei wird zumindest in der Theorie der Anspruch erhoben, Verluste unter Zivilisten zu vermeiden. Terroristen sind hingegen weitaus schneller bereit, hohe Opferzahlen in der Bevölkerung in Kauf zu nehmen, da sie nicht mit deren Rückhalt kalkulieren. Soweit Guerilleros die Gesetze des Krieges achten und dabei zwischen militärischen sowie zivilen Zielen unterscheiden, wird ihnen im Völkerrecht der legale Kombattantenstatus zuerkannt (Kimminich/Hobe 2000: 458-460).

Insurgenten wissen in der Auseinandersetzung mit der Staatsmacht nicht nur den Raum und dessen topographische Besonderheiten zu ihren Gunsten zu nutzen, sondern auch den Zeitfaktor (Münkler 2003: 182-191). Die Regierung muss, will sie weiterhin als legitime Repräsentanz des ganzen Staatsgebietes erscheinen, die Guerilleros niederwerfen. Der Sieg wird zur obersten Staatsraison. Dagegen haben die Insurgenten bereits gewonnen, wenn sie nicht verlieren. Schon Carl von Clausewitz erkannte mit Blick auf die Volksbewaffnung: „Sie zerstört wie eine still fortschwellende Glut die Grundfesten des feindlichen Heeres.“ (Von Clausewitz 1832: 530) Das militärstrategische Ziel ist somit, die gewaltsame Auseinandersetzung in die Länge zu ziehen, um die Beherrschungskosten der Regierung in die Höhe zu treiben. Je größer die Kosten werden, desto eher zeigt sich – zumindest theoretisch – die Führung eines Staates konzessionsbereit, indem sie z.B. separatistischen Gruppierungen Autonomiezugeständnisse macht. Guerilleros, die sich mit derartigen Kompromissen nicht zufriedenen geben, werden darauf hoffen, durch eine Militärstrategie der permanenten Nadelstiche die Regierung zu demoralisieren, dadurch zu destabilisieren, um sie schließlich zu stürzen. Dabei wird versucht, die Kohäsion des herrschenden politischen Systems zu mindern und es innenpolitisch zu delegitimieren (Daase 1999: 216-235). Gleichzeitig arbeiten viele Guerillaverbände darauf hin, ihre Reputation im Ausland zu steigern, um auch auf diese Weise die amtierende Regierung unter Druck zu setzen. Der South West African People's Organization (SWAPO) war es z. B. noch während ihrer Phase als Befreiungsbewegung gelungen, von der UNO als Sprecher der namibischen Bevölkerung anerkannt zu werden.

Banditen

Der Begriff des Banditen geht auf das italienische 'bandito' ('Straßenräuber') zurück. Etymologisch war ursprünglich vom Geächteten die Rede, der durch einen 'Bann' (ital.: 'bando') „außerhalb der Gesetze gestellt und dadurch zu Verzweiflungstaten getrieben wurde“ (Der Brockhaus 2003). Heute werden unter Banditen gewerbsmäßige Verbrecher verstanden, die synonym auch als Diebe oder Gauner bezeichnet werden. Als besondere inhaltliche Ausprägungen können Luft- oder Seepiraten genannt werden. Banditen sind insbesondere von organisierten Kriminellen zu unterscheiden, deren Aktivitäten einen höheren Organisationsgrad „mit verstärkt international organisierter Verwertung der Tatbeute“ (Der Brockhaus 2003) aufweisen. Im Vergleich zu Terroristen und Insurgenten verfolgen sie keine politischen Ziele, sondern ausschließlich monetäre Vorteilsnahme. Dazu werden Überfälle und Einbrüche durchgeführt oder Entführungen organisiert und Lösegelder erpresst.

Die mangelnden politischen Ambitionen wirken sich direkt auf die Wahl der Mittel aus. Da das System nicht bekämpft wird, sondern nur seine Gesetze gebrochen werden, benötigen Banditen kein umfangreiches Waffenarsenal. Direkte Auseinandersetzungen mit der Exekutive werden nicht gesucht, sondern höchstens – und dann auch nur in begrenzter Form – in Kauf genommen, wenn Polizei- oder Armeeposten der Durchführung eines Auftrages entgegenstehen oder die Verfolgung aufgenommen haben. Soweit dennoch größere Operationen wie Bombenanschläge durchgeführt werden, soll damit in der Regel die eigene Handlungsfähigkeit unterstrichen und laufenden Forderungen Nachdruck verliehen werden.

Banditen finden in der Bevölkerung nur dann Rückhalt, wenn diese das herrschende System als repressiv oder korrupt und mangelhaft legitimiert betrachtet. Schlechte wirtschaftliche Ausgangsdaten können zudem dazu beitragen, dass die Hemmschwelle zur Beteiligung an verbrecherischen Akten sinkt. In allen übrigen Fällen verfügen Banditen über keine größeren Aufwuchsfähigkeiten, da ihre Akte weder von der Regierung noch von den Bürgern akzeptiert werden. Dies hat zur Folge, dass sie es im Gegensatz zu Insurgenten schwerer haben, in der Bevölkerung unterzutauchen. Der Aufbau größerer, zusammenhängender Verbände wird dadurch fast unmöglich. Banditen ähneln hier den Terroristen, da sie oftmals in den Untergrund gehen und ein Doppelleben führen müssen. Sie treten ebenfalls als Einzeltäter oder in Form kleinerer Gruppen in Erscheinung, die aber über keine größeren Organisationsstrukturen verfügen. Banditen sowie sämtlichen verwandten Gruppierungen wird im Völker-

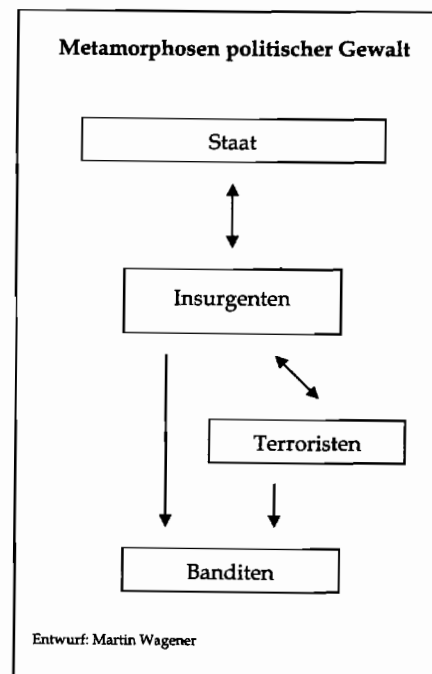
recht kein legaler Kombattantenstatus zugesprochen. Sie unterliegen ausschließlich dem Strafrecht ihres Heimatstaates bzw. jenes Akteurs, auf dessen Territorium sie ihre Akte begehen.

Mischtypen und Metamorphosen politischer Gewalt

Die typologische Verortung substaatlicher Gewaltformationen setzt somit die genaue Kenntnis ihrer Charakteristika voraus. Da die meisten Wissenschaftler jedoch nicht über direkte Kontakte zu (ehemaligen) Mitgliedern von Terrororganisationen, Insurgenten oder Banditen verfügen, um deren Innenleben zu studieren, stößt die Wahrheitsannäherung in diesem Punkt schnell an natürliche Grenzen. Darüber hinaus müssen zwei Fragen vor einer typologischen Verortung beantwortet werden: Wo liegt der durchschnittliche Schwerpunkt der Aktivitäten der einzuordnenden Gruppierung? Befindet sich die untersuchte Vereinigung in einem typologischen Übergangsstadium (Kiras 2002: 212)?

Durch die Identifikation des Schwerpunktes der Aktivitäten einer Gruppierung kann verhindert werden, dass festgestellte Gemeinsamkeiten zwischen Terroristen, Insurgenten und Banditen zu einer beliebigen Etikettierung ausgewählter substaatlicher Gewaltformationen führen. Zu den wichtigsten Differenzierungen gehört die Frage, ob und wenn ja ab wann die Anwendung terroristischer Maßnahmen eine Gruppe zu Terroristen macht. Guevara unterschied dazu „zwischen Sabotage als revolutionärer und überaus effektiver Kampfform und Sabotage als Terror [...]“. Der Terror ist nur dann ein wertvoller Faktor des Kampfes, wenn er als Akt der Vergeltung gegen einen hochstehenden Vertreter der unterdrückenden Klasse angewandt wird [...]. Dagegen darf man auf keinen Fall zum Terror übergehen, um einfache Leute aus dem Lager des Feindes zu beseitigen.“ (Guevara 1968: 36–37) Abzuwägen ist demnach folgendes: Wenden die betrachteten Widerstandsgruppen Terror als asymmetrische Kampfmethod an, um die Regierung direkt zu treffen (Tendenz: Insurgenten)? Oder nutzen sie Terror, um die Bevölkerung ihres Operationsgebietes oder jene im vom Gegner beherrschten Gebiet einzuschüchtern (Tendenz: Terroristen)? Genaue Zuordnungen sind vor allem dann schwierig, wenn im Rahmen einer Konflikteskalation beide Seiten verstärkt Zivilisten angreifen und eine Spirale wechselseitiger Vergeltungsmaßnahmen in Gang gesetzt wird. Weitere Schwerpunktsetzungen sind erforderlich: Wie sind Guerilleros zu bewerten, die aus taktischen oder ideologischen Gründen mit Terroristen kooperieren? Eine Antwort, die trennscharf einen typologischen Wandel erklären könnte, ist in dieser Frage schwierig. Entscheidend sind der Umfang sowie die Dauer der Zusammenarbeit beider Sei-

ten. Zahlreiche Insurgenten finanzieren sich zudem über Drogenhandel oder auch gezielte Überfälle auf Versorgungseinrichtungen des Gegners. Hier stellt sich die Frage, ob die jeweilige Gruppierung typologisch bereits den Kriterien organisierter Krimineller oder aber jenen gewöhnlicher Banditen entspricht.



Die Metamorphosen politischer Gewalt markieren wiederum die Entwicklungsstadien einzelner Gruppierungen. Terroristen werden dann zu Guerilleros, wenn sie ihre personelle Basis ausbauen und ihre Handlungen in der Bevölkerung auf mehr Verständnis stoßen. Der Widerstand wird offener und damit auch leichter zu enttarnen, weshalb Guerillaverbände insbesondere in ihrer Anfangsphase besonders verletzlich sind. Terroristen können allerdings auch zu gewöhnlichen Verbrechern mutieren. Dies ist der Fall, wenn sie ihre politischen Ziele aufgeben. Banküberfälle dienen dann nur noch der Absicherung des eigenen Überlebens und nicht der finanziellen Vorbereitung politisch motivierter Gewaltaktionen.

Guerilleros können zu Terroristen werden, wenn es den staatlichen Streitkräften gelingt, ihre personelle und logistische Struktur zu dezimieren. Einem Guerillaverband, der nur noch über wenige Kämpfer verfügt, wird – wenn er denn an seinen politischen Zielen festhält – gar nichts anderes übrigbleiben, als seine Energie auf vereinzelt Anschläge zu beschränken. Derartige Aktivitäten können allerdings „die Schwächephase einer Guerillabewegung überbrücken helfen“ (Waldmann 1998: 28). Je mehr sie jedoch den Charakter von Verzweiflungstaten haben, ohne die Staatsmacht wirklich in Bedrängnis zu bringen, desto stärker ist der Übergang zu einer terroristischen Organisation. Soweit Guerilleros dabei zusätzlich ihre politische Agenda aufgeben, werden sie zu gewöhnlichen Kriminellen (Schmitt 1963: 21, 85). Wechselseitige Metamorphosen sind wie-

derum im Falle der Banditen höchst selten anzutreffen. Aus ihnen werden meist keine Insurgenten oder Terroristen, da ihrer Gründungsphase das politische Moment fehlt.

Terroristen müssen sich folglich erst zu Insurgenten weiterentwickeln, um eine Regierung zu stürzen. Gemäß der Guerillatheorien von *Mao Tse-tung* und *Ernesto (Che) Guevara* hätten sie dann jenes Zwischenstadium erreicht, das Widerstandskämpfer durchlaufen müssen, bevor sie es mit den Streitkräften der Regierung aufnehmen können. Beide Autoren unterscheiden drei Phasen des Guerillakrieges: Die strategische Defensive, das militärische Gleichgewicht sowie die Phase der strategischen Offensive, die zum Sturz der Regierung führt (*Guevara* 1968: 139-140; *Mao* 1969: 210-221). Dabei kommt *Mao* zu dem Schluss, dass der Guerillakrieg zwar in der zweiten Phase dominiert. Bei der endgültigen Niederwerfung des Gegners nehme er jedoch nur eine Hilfsfunktion ein: „Sieht man also den Krieg in seiner Gesamtheit, so steht der reguläre Krieg an erster Stelle, während der Guerillakrieg zweitrangig ist.“ (*Mao* 1969: 294)

Gewaltsamer Widerstand auf den Philippinen

Nachfolgend sollen die Abu Sayyaf Group, die Moro Islamic Liberation Front, die Jemaah Islamiyah, die New People's Army, die Alex Boncayao Brigade sowie die Pentagon Gang typologisch verortet werden. Die Al Qaida wird, da sie keine genuin südostasiatische Gruppierung ist, nicht gesondert untersucht. Sie findet aber als klassische terroristische Vereinigung jeweils dort Erwähnung, wo dies der Charakterisierung der übrigen Organisationen dient, zumal sie seit langen Jahren in der Region aktiv ist (*Abuza* 2002; *Wagener* 2003a).

Abu Sayyaf Group

Die Gründung der Abu Sayyaf ('Vater des Schwertes') geht auf *Abdurajak Abubakar Janjalani* zurück, der 1963 in Basilan geboren wurde. Er war Anhänger der streng konservativen Lehren der Wahhabiten und zunächst in der Moro National Liberation Front (MNLF) aktiv. Nachdem diese im Januar 1987 angekündigt hatte, das Ziel eines unabhängigen muslimischen Staates zugunsten einer Autonomieregelung aufgeben zu wollen, distanzierte sich *Janjalani* von ihr. Die wohl prägendste Erfahrung seines Lebens war in den 80er Jahren die Teilnahme am Kampf der Mudschaheddin in Afghanistan gegen die sowjetische Besatzungsmacht. *Janjalani* soll 1987 der Siebten Afghanischen Guerilla-Gruppe, der Abu Sayyaf, beigetreten sein. Sie war ein Jahr zuvor von ihrem Namensge-

ber, dem im pakistanischen Peshawar aktiven Prediger *Abdul Rasul Sayyaf*, gegründet worden. Schätzungen gehen von 200 bis 500 Filipinos aus, die diesem Verband angehörten. Unter ihnen waren vermutlich auch zwei Brüder *Janjalani*, *Hector* und *Khaddafy*, sowie *Aldam Tilao*, der später unter dem Pseudonym 'Abu Sabaya' bekannt wurde. Anfang der 90er Jahre kehrte *Abdurajak Abubakar Janjalani* nach Basilan zurück und gründete mit einigen wenigen Getreuen eine unabhängige Widerstandsgruppe, die er nach seinem Lehrer aus Peshawar 'Abu Sayyaf' nannte. Im Laufe der Jahre dehnte sie ihre Aktivitäten auf das Sulu-Archipel, insbesondere Jolo, sowie die Halbinsel von Zamboanga aus. Ziel war die Gründung eines unabhängigen muslimischen Staates im Süden der Philippinen (Mindanao). Die Abu Sayyaf Group (ASG) startete damit als klassischer Guerillaverband, dessen Kern sich aus am Hindukusch erprobten Guerilleros sowie Abtrünnigen der MNLF zusammensetzte (*Barreveld* 2001: 113-120; *Abuza* 2003: 99-100).

Die Wirkung des von *Janjalani* und seinen Nachfolgern entfalteten politischen Widerstandes blieb jedoch äußerst begrenzt. Der ASG ist es auch 15 Jahre nach ihrer Gründung nicht gelungen, eine Anhängerschar zu versammeln, die den Größenordnungen der damaligen MNLF oder der heutigen Moro Islamic Liberation Front (MILF) entspricht. Bis 1999 verfügte sie über ca. 500 Kämpfer. In den Jahren 2000 und 2001 konnte sie ihren Bestand auf ca. 1.500 Mitglieder steigern. Grundlage waren bis zu 25 Millionen US-Dollar Lösegeld aus der Sipadan-Geiselnahme, durch die sich neue Rekrutierungsmöglichkeiten ergaben. Im Zuge der amerikanisch-philippinischen Anti-Terror-Übung *Balikatan* 2002-01 (*Wagener* 2003b) wurde die Zahl der Abu Sayyaf dann auf ca. 200 dezimiert (*IISS* 1999: 203; *IISS* 2000: 212; *IISS* 2004: 187). Die philippinische Regierung ging für das Jahr 2004 von 400 Mitgliedern aus (*Torres* 2004a). Der Guerillakampf ist folglich über sein Anfangsstadium nicht hinausgekommen. Eine wesentliche Ursache ist der mangelnde Rückhalt der Gruppierung in der lokalen Bevölkerung, die immer wieder zum Opfer der ASG geworden ist. Einheimische werden regelmäßig entführt, erpresst, vergewaltigt oder Opfer von Bombenanschlägen und willkürlichen Angriffen. Mitglieder der Abu Sayyaf waren z. B. in den Überfall auf die Stadt *Ipil* am 4. April 1995 verwickelt. Damals hatten ca. 200 muslimische Kämpfer unter der Bevölkerung ein Blutbad mit 53 Toten angerichtet und Teile der Ortschaft verwüstet (*Barreveld* 2001: 126-132). Zu den besonders grausamen und die Bevölkerung einschüchternden Handlungsmustern gehören rituelle Enthauptungen, die zu einer Art Visitenkarte der Abu Sayyaf geworden sind. Im August 2001 ermordeten sie auf diese Weise allein in einer Nacht zehn Einwohner *Balobos* (*Ressa* 2003: 118-119). Das bekannteste Enthauptungsopfer ist der US-Bürger *Guillermo Sobero*, der im Juni

2001 umgebracht worden war. Soweit es daher der ASG gelingt, ihren Mitgliederbestand auszubauen, geschieht dies durch Druck oder monetäre Anreize, jedoch mehrheitlich nicht über religiöse Solidarität.

Sowohl die geringe numerische Stärke als auch der mangelnde Rückhalt in der Bevölkerung lassen den Schluss zu, dass diese Gruppierung in ihrem Schwerpunkt nicht den Kriterien eines Guerillaverbandes gerecht wird, obwohl sie Guerillataktiken anwendet, wie dies etwa Berichten über Feuergefechte mit den Armed Forces of the Philippines (AFP) zu entnehmen ist. Die Geiselnahme im Dos Palmas Beach Resort auf Palawan, die ca. 500 Kilometer entfernt vom zentralen Basislager der Gruppierung auf Basilan durchgeführt worden ist, lässt außerdem auf größere logistische Strukturen und operative Fähigkeiten schließen. Guerilleros müssten jedoch idealtypisch zumindest über die Option verfügen, partiell politisch erfolgreich zu sein. Aus typologischer Sicht bedeutet dies, dass die ASG entweder als Organisation von Banditen oder als terroristische Vereinigung einzuordnen ist. Die Messkriterien 'Form der Gewaltanwendung' (unterschiedslose Bombenanschläge) und 'Kooperationspartner' (Al Qaida) scheinen auf den ersten Blick letzteres zu bestätigen.

Die Abu Sayyaf sind immer wieder als Filiale *Osama Bin Ladens* in Südostasien bezeichnet worden, wofür es drei Verbindungslinien gibt (*Barrevel* 2001: 213-231; *Gunaratna* 2002: 174-183; *Abuza* 2003: 100-115): *Abdurajak Abubakar Janjalani* soll, *erstens*, für seinen Einsatz als Widerstandskämpfer in Afghanistan über die Maktab al-Khidmat (MAK) angeworben worden sein. Dieses Rekrutierungsbüro, das finanzielle Unterstützung von der amerikanischen Central Intelligence Agency (CIA) und dem pakistanischen Inter-Services Intelligence (ISI) erhielt, wurde von *Abdullah Azzam* und *Osama Bin Laden* geleitet. Beide befanden sich damals selbst noch in der Guerilla-Phase. *Bin Laden*, der die MAK erst nach der Niederlage der Sowjetunion in Afghanistan Ende der 80er Jahre zur Al Qaida ('Die Basis') umbaute, soll *Janjalani* in jener Zeit persönlich kennen gelernt haben. *Zweitens* wird davon ausgegangen, dass die ASG enge Kontakte zur International Islamic Relief Organization (IIRO) unterhalten hat und von dieser teilweise finanziert worden ist. Die IIRO war von *Mohammed Jamal Khalifa*, einem Schwager *Bin Ladens*, Anfang der 90er Jahre im Süden der Philippinen errichtet worden, um für die Al Qaida neue Mitglieder anzuwerben. Schließlich sind, *drittens*, die Aktivitäten des *Ramzi Ahmed Yousef* zu nennen, dem mutmaßlichen Drahtzieher des ersten Anschlags gegen das World Trade Center vom Februar 1993. Er hat vermutlich nicht nur Mitglieder der ASG militärisch ausgebildet, sondern die erste Zelle der Al Qaida in Südostasien geleitet. Über die Philippinen lassen sich – in ihrer Substanz allerdings nur schwer einzu-

schätzende – Querverbindungen bis hin zu den Anschlägen vom 11. September 2001 ziehen, die maßgeblich von *Khalid Scheich Mohammed* geplant wurden. Er ist ein Onkel *Yousefs*, gehörte dessen Terror-Zelle in Manila an und befindet sich seit März 2003 in US-Gewahrsam. Die Philippinen waren zudem organisatorischer Ausgangspunkt für die Vorbereitung des – wäre er durchgeführt worden – größten Terrorakts der asiatisch-pazifischen Geschichte. Nach der Festnahme *Yousefs* im Februar 1995 wurde bekannt, dass dieser nicht nur Anschläge gegen die israelische und die amerikanische Botschaft in Manila, sondern auch eine Operation mit dem Decknamen 'Oplan Bojinka' geplant hatte. In ihrem Mittelpunkt stand zum einen die Ermordung des Papstes während dessen Besuch auf den Philippinen im Januar 1995. Zum anderen sollten elf amerikanische Linienflugzeuge über dem Pazifik zur Explosion gebracht werden, wodurch wahrscheinlich 4.000 Menschen gestorben wären.

Fraglich ist nun, ob die Aufdeckung derartiger personeller Verbindungen ausreicht, um eine fast ausschließlich lokal agierende Gruppierung zur (internationalen) terroristischen Vereinigung zu erklären. Zumindest bis zur Zerschlagung der Terrorzelle von *Ramzi Ahmed Yousef* kann festgehalten werden, dass die Al Qaida in den Bereichen militärisches Training und Finanzierung auf die Handlungsfähigkeit der Abu Sayyaf Einfluss ausgeübt hatte. Damit wäre der Tatbestand der Zusammenarbeit mit einer anerkannten terroristischen Vereinigung erfüllt. Zu vermuten ist jedoch, dass die ASG zu jenem Zeitpunkt die Dimension der Vorhaben der Al Qaida nicht durchschaut hatte und in der Kooperation lediglich die Förderung des eigenen Widerstandskampfes gegen ein 'ungläubiges Regime' sah – ein Handlungsmuster, das *Janjalani* an die international vernetzte MAK erinnern haben dürfte. Die Zusammensetzung des Kerns der philippinischen Zelle der Al Qaida, zu dem ausschließlich Externe und nicht Filipinos gehörten (*Abuza* 2003: 102-104), deutet des Weiteren darauf hin, dass *Janjalani* und dessen Anhänger nicht direkt in die Planung von Bombenanschlägen involviert waren. *Yousef* dürfte die Basen der ASG vor allem logistisch sowie als Rückzugsgebiet genutzt und dafür entsprechende Gegenleistungen erbracht haben. Mitte der 90er Jahre verlieren sich dann die Kontakte zwischen der Al Qaida und den Abu Sayyaf (*Rabasa* 2003: 53), wemgleich davon auszugehen ist, dass es weiterhin Verbindungen einzelner Mitglieder aus der Zeit des gemeinsamen Kampfes am Hindukusch gibt. Der Presse sind lediglich regelmäßige Selbstbezeichnungen zu entnehmen. So erklärte *Ghalib Andang* ('Commander Robot'), einer der hochrangigen Gruppenführer der ASG, im Juni 2000, dass *Osama Bin Laden* ihre einzige externe Geldquelle sei (*Chandrasekaran* 2001). *Khair Malvan Mundus* soll nach seiner Festnahme im April 2004 zu Protokoll gegeben haben, dass er Gelder der Al Qaida aus Saudi

Arabien an die Abu Sayyaf weitergeleitet habe (Kaufman 2004c). Der Wahrheitsgehalt solcher Aussagen lässt sich allerdings nur schwer verifizieren.

Im Gegensatz zu diversen anderen Untersuchungen zum Gegenstand wird deshalb an dieser Stelle die These vertreten, dass eine Klassifizierung der ASG als terroristische Vereinigung eine Simplifikation darstellt, soweit dazu ausschließlich auf Verbindungen dieser Gruppierung zur Al Qaida rekurriert wird. Substantielle Rückschlüsse zum Wesen der Abu Sayyaf lassen sich hingegen über die Untersuchung typologischer Merkmale gewinnen. Ein ganz zentrales Charakteristikum spricht z. B. eindeutig gegen den Idealtypus 'Terroristen': Spätestens seit der Tötung *Abdurajak Abubakar Janjalani* im Dezember 1998 ist eine zunehmende Entpolitisierung der Abu Sayyaf zu beobachten. Seine beiden Nachfolger, Bruder *Khaddafy* sowie *Ghalib Andang*, verfügten weder über vergleichbare tiefe Korankenntnisse noch über die charismatischen Eigenschaften eines religiösen Predigers, wie sie dem älteren *Janjalani* zugesprochen wurden. Das intellektuelle Vakuum konnte in der Folgezeit nicht aufgefüllt werden, was auch organisatorische Gründe haben dürfte. Die ASG ist seit dem Tod ihres Gründers in mehrere Einzelfraktionen zersplittert; maßgebliche Gruppenführer wurden zudem von der philippinischen Polizei bzw. dem Militär verhaftet oder erschossen. *Abu Sabaya* soll während eines Gefechts mit den AFP im Juni 2002 gefallen sein; *Commander Robot* wurde im Dezember 2003 festgenommen und während der Gefängnisrevolte von Taguig im März 2005 getötet; *Hamsiraji Sali* fiel während eines Schusswechsels im April 2004. Die Meldung, dass *Khaddafy Janjalani* im November 2004 erschossen worden sein soll, wird hingegen von den philippinischen Streitkräften für unglaubwürdig gehalten (AP/Antiporda 2005), zumal das U.S. Department of the Treasury ihn am 17. Dezember 2004 auf die Terrorismus-Liste gesetzt hatte. Für die Annahme der Entpolitisierung der Abu Sayyaf spricht in concreto, dass gerade die spektakulärsten Gewaltaktionen der vergangenen Jahre, die von einem großen Medieninteresse begleitet worden waren, nicht zur Verkündung islamistischer Ziele genutzt wurden. Während der Geiselnahmen von Tumahubong (März-Juni 2000), Sipadan (April-August 2000) sowie derjenigen vom Dos Palmas Beach Resort (Mai 2001-Juni 2002) haben die Entführer keine nennenswerten politischen Forderungen erhoben. Die Freilassung der Geiseln wurde ausschließlich an die Zahlung eines Lösegeldes gebunden.

Die Abu Sayyaf müssen daher spätestens seit Ende der 90er Jahre als 'Banditen' eingeordnet werden, wobei es sich bei ihnen nicht um Kleinkriminelle handelt, sondern um gut organisierte, größere marodierende Banden. Zwar haben sie sich immer wieder terroristischer Methoden bedient. Auch verfügen sie über

ein radikal-muslimisches Weltbild, was z.B. den Berichten der ehemaligen Geisel *Gracia Burnham* zu entnehmen ist. Ihre Entführer hätten große Freude über die Terroranschläge vom 11. September 2001 geäußert. Einzelne Geiselnnehmer hatten zudem auf Nachfragen angegeben, dass sie nicht nur die Unabhängigkeit Mindanaos anstrebten, sondern den Islam insgesamt in Südostasien verbreiten wollten (Burnham 2003: 167, 170). Das tatsächliche Verhalten der ASG deutet jedoch darauf hin, dass monetäre Interessen islamistische Zielsetzungen deutlich überlagern. Ihre religiöse Identität dürfte primär als Amalgam fungieren, das die Gesetzeslosen miteinander verbindet und als Gruppe, die um ihr physisches Überleben kämpft, zusammenhält.

Der am 27. Februar 2004 verübte Anschlag auf das Fährschiff 'Superferry 14' in der Bucht von Manila, dem 116 Menschen zum Opfer fielen, könnte wiederum darauf hinweisen, dass es in jüngster Zeit zu einem erneuten typologischen Wandel gekommen ist (Gutierrez 2005). Die Abu Sayyaf haben damit gezeigt, dass sie zu umfassenden Terroranschlägen fähig sind und in der philippinischen Hauptstadt über Zellen verfügen. Hinzu kommt, dass die Tat mit einer politischen Botschaft verbunden worden ist: *Abu Solaiman*, einer der Sprecher der ASG, erklärte, dass der Anschlag eine Vergeltungsmaßnahme für die aus seiner Sicht von den Sicherheitsbehörden begangenen Verbrechen in Mindanao sei (AFP/Reuters 2004). Selbige Begründung wurde herangezogen, um die ebenfalls von den Abu Sayyaf durchgeführten 'Valentine's Day Bombings' zu rechtfertigen (Regalado u. a. 2005). Am 14. Februar 2005 waren fast zeitgleich in den Städten General Santos, Davao und Makati Sprengsätze detoniert, die 13 Menschen töteten. Für eine Repolitisierung der Gruppe, die den Charakteristika von Banditen ebenfalls widersprechen würde, gibt es weitere Hinweise: *Abu Solaiman* rief die Kämpfer der MILF am 8. Februar 2005 dazu auf, die Friedensverhandlungen mit der Regierung Arroyo aufzugeben (Vargas 2005c). In diesem Sinne scheint die ASG sowohl 'lost commands' der MILF wie auch der MNLF zu unterstützen, die im Januar bzw. Februar 2005 Posten der philippinischen Streitkräfte angegriffen haben. Die Gruppe soll schließlich mit der Jemaah Islamiyah (JI) zusammenarbeiten und von dieser finanziell unterstützt werden (ICG 2004: 17; Vargas 2005d).

Aus einem anderen Blickwinkel ergeben sich abermals abweichende Schlussfolgerungen. So hat die philippinische Polizei behauptet, dass die ASG mit dem Anschlag auf 'Superferry 14' laufenden Schutzgeldforderungen gegen den Schiffseigner Nachdruck verleihen wollte (Canlas u. a. 2004). Gewalttaten in Manila und weiteren Großstädten könnten als Racheakte für die Tötung oder Festnahme von Mitgliedern der Abu Sayyaf verstanden werden. Denkbar ist

zudem, dass die ASG solche Anschläge gezielt durchführt (eventuell sogar im Auftrag einzelner Kommandeure der MILF), um den Druck der philippinischen Streitkräfte von Mindanao abzulenken. Im Zuge der Gefängnisrevolte von Taguig im März 2005 ist schließlich darüber spekuliert worden, dass die Abu Sayyaf parallel zu solchen Aufständen versuchen könnten, Bombenanschläge durchzuführen, um die Gegenreaktion des Staates zu schwächen. In Taguig waren allein 129 Mitglieder der ASG inhaftiert. Entspricht diese Sichtweise den Realitäten, dann müssen die Worte *Abu Solaimans* als rhetorisches Handeln begriffen werden, womit das 'Chamäleon' Abu Sayyaf seine Farbe nicht verändert hätte und weiterhin eher den Merkmalen von Banditen als jenen von Terroristen entsprechen würde. Jenseits der Motivzuordnung bleibt für den Beobachter die zentrale Herausforderung, zwischen tatsächlichen und vermeintlichen Taten der ASG zu unterscheiden, denn „it is easy for a lost command or bandit group to kidnap somebody for ransom and claim that it is the Abu Sayyaf“ (Turner 1995: 14). Temporäre Kooperationen mit der MILF oder der JI können schließlich taktische Gründe haben und müssen nicht zwingend zu einer typologischen Veränderung der Abu Sayyaf führen.

Moro Islamic Liberation Front

Ende der 60er Jahre formierte sich im Süden der Philippinen die MNLF, die in den kommenden Jahrzehnten unter Führung *Nur Misuaris* zur wichtigsten politischen Organisation der Moros avancierte (Ringuet 2002: 38-46). Ihr gewaltvoller Widerstand begann 1972, nachdem Präsident *Ferdinand Marcos* (1965-1986) das Kriegsrecht ausgerufen hatte. Mitte der 70er Jahre verfügte die MNLF zeitweise über 30.000 Guerilleros, worauf die Regierung mit umfangreichen Truppenentsendungen in die Region reagierte. Das am 23. Dezember 1976 geschlossene Friedensabkommen von Tripolis hielt nur vorübergehend. Die 1990 errichtete Autonomous Region in Muslim Mindanao (ARMM), zu der Sulu, Tawi-Tawi, Maguindanao, Lanao del Sur sowie die später hinzugekommenen Gebiete Basilan und Marawi City gehören, führte ebenfalls nicht zur Befriedung des Konflikts. Der Guerillakampf der MNLF, deren Bangsa Moro Army zu Beginn der 90er Jahre noch über 15.000 Kämpfer verfügte (IISS 1990: 175), hatte in dieser Zeit bereits an Intensität verloren. Zu einer nachhaltigen Deeskalation der Auseinandersetzung kam es aber erst während der Präsidentschaft von *Fidel Ramos* (1992-1998), als sich beide Seiten am 2. September 1996 auf ein 'Final Peace Agreement' einigten. Nur *Misuari* wurde darauf Gouverneur der ARMM und blieb dies bis 2001, als er von *Parouk Hussin* abgelöst wurde. Auslöser war ein Machtkampf innerhalb der MNLF. In dessen Folge sagte sich *Misuari* vom Friedensabkommen los und griff mit ihm loyalen An-

hängern am 19. November Posten der AFP auf Jolo an. Nach seiner Flucht wurde er am 24. November in Malaysia verhaftet und am 7. Januar 2002 den philippinischen Behörden übergeben, womit eine Ära beendet war. Zu einer zweiten größeren Revolte einzelner MNLF-Kämpfer, die der *Misuari Breakaway Group* (MBG) zugerechnet werden, kam es im Februar 2005 auf Jolo (Cruz u. a. 2005). Die philippinischen Streitkräfte konnten den Aufstand mehrerer hundert Rebellen nach wenigen Wochen weitgehend eindämmen. Die übergroße Mehrheit der MNLF hält sich dagegen an das Friedensabkommen, obwohl die ARMM nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebenssituation der Moros geführt hat. *Misuari* äußerte sich nach seiner Verhaftung zudem sehr moderat und verurteilte öffentlich Terroranschläge (Cruz 2004). Die Loyalität der ehemaligen Guerilleros dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass die Mitglieder der Bangsa Moro Army zu großen Teilen in die philippinischen Streitkräfte sowie in die Polizei integriert und Führungskader in das Patronagenetzwerk eingebunden werden konnten (Kreuzer 2003: 53).

Die Ursprünge der MILF sind eng in diesen Kontext eingebettet. Ihre Gründungsmitglieder spalteten sich 1977 unter Führung *Hashim Salamats* von der MNLF ab; 1984 wurde die MILF offiziell formiert. Ursache waren vor allem Auseinandersetzungen um den Führungsstil *Nur Misuaris*, dem eine kommunistische politische Gesinnung, Korruption, mangelnde Teamfähigkeit sowie die Bevorzugung der Ethnie der Tausugs vorgeworfen wurden. Die MNLF gilt radikal-muslimischen Moros zudem als zu säkular. Im Gegensatz dazu formulierte *Salamat* die Ziele der MILF wie folgt: „To establish an independent state and government and implement Shari'ah. [...] Islamisation of all aspects of life of the Bangsamoro people.“ (Salamat 1998) Auf dieser Basis fungiert die MILF als Auffangbecken für jene Muslime, die mit der ARMM unzufrieden sind. Hatte sie 1990 lediglich 2.900 Mitglieder, so ist sie heute mit 11.000 bis 15.000 Kämpfern die größte islamische Widerstandsbewegung auf den Philippinen (IISS 2004: 187). In den von ihr beherrschten Gebieten hat die MILF einen 'Staat im Staate' aufgebaut, der über ein eigenes Verwaltungs-, Finanz- und Gerichtswesen verfügt (Ressa 2003: 128-129).

Die Beziehungen dieser Gruppierung zur philippinischen Regierung gestalten sich äußerst wechselhaft (Kreuzer 2003: 28-50; ICG 2004: 29-32). Am 18. Juli 1997 unterzeichneten beide Seiten das 'Agreement for General Cessation of Hostilities', das knapp drei Jahre hielt. Von April bis Juli 2000 ordnete Präsident *Joseph Estrada* (1998-2001) dann eine umfassende Offensive gegen die Stellungen der MILF an, durch die sie ihr Hauptquartier, Camp Abu Bakar, verlor. Seitdem dürften die Bangsamoro Islamic Armed Forces (BIAF), die in ca. sechs Divisio-

nen untergliedert sind (Chalk 2001: 248), keine größeren Truppenkontingente an einem einzelnen Ort konzentriert haben, sondern mehrheitlich mit kleineren und mobileren Einheiten agieren. Unter Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo einigten sich beide Seiten – erneut in Tripolis – auf ein weiteres Friedensabkommen, das am 22. Juni 2001 unterzeichnet wurde. Es folgte der Angriff der philippinischen Streitkräfte auf das zu jenem Zeitpunkt größte Lager der MILF in Buliok am 11. Februar 2003. Die militärischen Auseinandersetzungen endeten mit der Waffenstillstandsvereinbarung vom folgenden 19. Juli, die im Frühjahr 2005 weiterhin gültig war. Zwei Dinge haben sich seit jenen Tagen geändert: *Erstens* ist kurz vor Einstellung der Kampfhandlungen am 13. Juli 2003 Hashim Salamat gestorben. Ob sein Nachfolger, Al Haj Murad Ebrahim, mittelfristig am separatistischen Kurs festhält oder, wie einige Beobachter vermuten, einer Autonomielösung den Weg bereitet, bleibt abzuwarten. Der Friedensprozess wurde, *zweitens*, dadurch gestärkt, dass nach langen Vermittlungen unter der Schirmherrschaft Malaysias im Oktober 2004 ein International Monitoring Team entsandt werden konnte, das sich aus Mitgliedsstaaten der Organization of the Islamic Conference (OIC) zusammensetzt und die Einhaltung des Waffenstillstandes auf Mindanao überwachen soll.

Alle skizzierten Charakteristika weisen darauf hin, dass die MILF den typologischen Merkmalen eines Guerillaverbandes entspricht: Die politische Zielsetzung, die numerische Stärke, die militärische Organisationsstruktur, der auf Taktiken des 'hit and run' fixierte Kampfstil, die Akzeptanz als Gesprächspartner durch die Regierung in Manila, die Anerkennung als Konfliktpartei durch die OIC sowie insbesondere die Konzentration der Angriffe der BIAF auf militärische bzw. administrative Ziele, woraus sich wiederum mehr Verständnis in der verschonten Bevölkerung ergibt. Dennoch finden sich insbesondere in den USA Stimmen, die fordern, auch diese Gruppierung zur FTO zu erklären. Wie im Falle der ASG wird auf Kontakte der MILF zu Osama Bin Laden verwiesen, die sich in der Tat nachweisen lassen. In den 80er Jahren soll Hashim Salamat, der in dieser Zeit selbst mehrere Jahre in Pakistan war, 500 bis 700 Kämpfer nach Afghanistan entsandt haben, um sich den dortigen Mudschaheddin anzuschließen (Abuza 2003: 90; ICG 2004: 4). Dazu erklärte Al Haj Murad Ebrahim 1998 in seiner damaligen Funktion als stellvertretender Vorsitzender für militärische Angelegenheiten, dass diese Kader während ihres Aufenthaltes am Hindukusch von Osama Bin Laden und Mohammed Jamal Khalifa unterstützt worden seien. Khalifa dürfte der MILF auch später – bis zu seiner Festnahme 1994 – zur Seite gestanden haben. Am 7. Februar 1999 gab Salamat in einem Interview mit der British Broadcasting Corporation zu, von Bin Laden Gelder erhalten zu haben, die für humanitäre Zwecke sowie den Bau von Moscheen bestimmt gewe-

sen sein sollen (Abuza 2003: 95). Geheimdienste wollen zudem erfahren haben, dass die Al Qaida nicht nur militärische Ausbilder wie Omar Al-Faruq in das Camp Abu Bakar geschickt, sondern dort bis zu dessen Erstürmung im Juli 2000 auch eigene Trainingslager unterhalten hatte (Ressa 2003: 133-134). Die Motive Osama Bin Ladens sind offensichtlich: *Erstens* ist es finanziell günstiger, künftige Mudschaheddin direkt vor Ort auszubilden, anstatt die Kosten für Flug nach und Unterbringung in Afghanistan zu zahlen. *Zweitens* dürfte die Al Qaida auf diesem Wege sondiert haben, ob sich der Süden der Philippinen eines Tages als Ausweichquartier für die Mitglieder ihrer Führungsebene eignen könnte.

Der Vorwurf, die MILF habe sich zu einer terroristischen Vereinigung entwickelt, wird des Weiteren über deren Kontakte zur JI zu bekräftigen versucht. Erste Hinweise auf Verbindungen beider Gruppierungen wurden im Zuge internationaler Verhaftungen bekannt. Im August 2002 hatte Singapur erklärt, 21 Personen festgenommen zu haben, von denen 19 der JI und zwei der MILF zugerechnet werden. Der im Januar 2002 verhaftete und im folgenden Oktober auf der Flucht erschossene Fathur Rohman Al Khozi zeigt exemplarisch, wie vernetzt die einzelnen Gruppierungen untereinander sein müssen (Clamor 2003: 209-212). Er soll sowohl Mitglied der Al Qaida und der JI gewesen als auch – vermutlich im Auftrag letzterer – als militärischer Ausbilder in Lagern der MILF tätig gewesen sein. Auf diesem Gebiet gibt es offensichtlich intensive Kooperationsformen. Die JI hatte in Camp Abu Bakar eine eigene Militärakademie unterhalten, die als Camp Hudaibiyah bekannt geworden ist. Sie war seit 1998 voll einsatzfähig. Ihr Programm ist vermutlich von Hashim Salamat direkt gebilligt worden, der über persönliche Kontakte zu einem der mutmaßlichen Gründer der JI, Abdullah Sungkar, verfügt haben soll. Bei der Verabschiedung der ersten Abgängerklasse im Jahr 2000 soll zudem Abubakar Baasyir, der zweite mutmaßliche Gründer der JI, persönlich zugegen gewesen sein (ICG 2004: 13-17).

Obwohl die MILF umfangreiche Kontakte zur Al Qaida und der JI hatte bzw. hat, wäre es derzeit dennoch irreführend, sie zu einer terroristischen Vereinigung zu erklären. Der typologische Schwerpunkt liegt im Bereich der Guerilleros. Als solche dürfte Salamat auch die Mitglieder der JI eingestuft haben, als er ihnen in der Zeit von 1994 bis 1998 half, die Militärakademie in Camp Hudaibiyah zu errichten, denn damals war jene Organisation noch nicht mit Terroranschlägen in Erscheinung getreten. Deshalb ist davon auszugehen, dass „much MILF involvement in terror has been pragmatically motivated and based on personal relationships“ (ICG 2004: 12). Dies lässt sich anschaulich an ihrer Son-

dereinsatzgruppe illustrieren. Im Zuge der Zusammenarbeit mit der Al Qaida und der JI soll die MILF 1999 eine Special Operations Group (SOG) mit mehreren hundert Mitgliedern aufgebaut haben, um den Widerstandskampf zu urbanisieren. Kontakte soll es u. a. zwischen *Mukhlis Yunos*, dem damaligen Leiter der SOG (Festnahme: Mai 2003), und *Al Ghazi* gegeben haben (*Abuza* 2003: 98). Beide dürften maßgeblich an der Durchführung von fünf Bombenanschlägen in Manila ('Rizal Day Bombings') am 30. Dezember 2000, die 22 Menschen töteten, beteiligt gewesen sein (*Ressa* 2003: 136-137; *ICG* 2004: 11, 18-19). Vermutlich hatte *Salamat* die Taten als Vergeltungsaktion für den Verlust von Camp Abu Bakar angeordnet. Nach diesem Muster könnten auch die beiden Anschläge in Davao City vom 4. März und 2. April 2003, denen 38 Menschen zum Opfer fielen, durchgeführt worden sein. Durchaus plausibel wäre, dass die MILF-Führung damals erneut die SOG aktivierte, um den Angriff der AFP auf den Buliok-Komplex vom Februar 2003 zu vergelten. Gleichwohl hat ihr Sprecher, *Eid Kabalu*, eine derartige Interpretation zurückgewiesen. Diese Vorgehensweisen lassen sich zwar als terroristisch qualifizieren. Aus operativer Sicht kann die SOG aber auch als Teil der asymmetrischen Kriegführung im Rahmen des Guerillakampfes betrachtet werden. Die MILF dürfte auf diese Weise versuchen, Angriffe der AFP auf ihre ländlichen Stützpunkte abzuschrecken, da sie mit der SOG auf den gesamten Philippinen Vergeltungsmaßnahmen durchführen kann. Wenn diese Interpretation zutrifft, dann hat insbesondere *Salamat* die Kooperation mit der Al Qaida und der JI gesucht, um von deren finanziellen Mitteln und der Ausbildungsexpertise zu profitieren – und nicht, weil er ein Befürworter des Terrorismus ist (*Wright-Neville* 2004: 41-42). Gewalt gegen Zivilisten hat er immer wieder abgelehnt, weshalb seine Organisation auch die Anschläge vom 11. September 2001 offiziell verurteilte. Bezüglich der ASG bezeichnete er ihre Mitglieder zwar als Freunde und Brüder, lehnte jedoch mit Blick auf deren an Zivilisten verübte Gewaltakte eine Zusammenarbeit ab: „*Their activities are not acceptable to the Moro liberation struggle.*“ (*Davis* 1998) Aus der Tatsache, dass sowohl *Osama Bin Laden* als auch *Hashim Salamat* – mit graduellen Abstufungen – als radikale Muslime betrachtet werden müssen, kann daher nicht automatisch die Schlussfolgerung gezogen werden, dass beide Terroristen sind.

Ob *Al Haj Murad Ebrahim* einer FTO im amerikanischen Sinne vorsteht, hängt auch davon ab, in welchem Umfang ihm persönlich die gezielte Kooperation mit Terroristen bzw. die Anordnung von Anschlägen gegen Zivilisten zugerechnet werden können. Seit der Zerschlagung von Camp Abu Bakar dürfte die BIAF weitaus dezentraler organisiert sein, weshalb unklar ist, inwieweit die Führung der MILF in der Lage ist, einzelne Kommandeure zu kontrollieren

('lost commands'). *Eid Kabalu* verurteilte z. B. die Geiselnahme der ASG vom Dos Palmas Beach Resort 2001 (*Barrevelt* 2001: 186). Eines der Entführungsoffer, *Gracia Burnham*, berichtete hingegen, dass sie zeitweise in einem Lager der MILF untergebracht worden sei (*Burnham* 2003: 139). Insgesamt befindet sich *Murad* in einer Zwickmühle: Lässt er den Friedensprozess scheitern, könnte *Arroyo* die Geduld verlieren und selbst darauf dringen, die MILF von den USA zur FTO erklären zu lassen. Würde er sich hingegen auf eine Autonomielösung einlassen, ist damit zu rechnen, dass sich radikale Splittergruppen bilden, die den Kampf fortsetzen. Diese könnten sowohl mit der ASG als auch mit der JI kooperieren, wozu es nicht nur ideologisch-religiöse Anknüpfungspunkte geben würde. Hinzu kommen oftmals verwandtschaftliche Beziehungen, die zwischen Mitgliedern verschiedener Organisationen bestehen und im Zweifelsfall in Fragen der Loyalität den Ausschlag geben dürften. Einheiten wie die SOG wären in einem solchen Szenario geradezu prädestiniert, sich zu verselbständigen und zu terroristischen Gruppierungen zu mutieren. Hinsichtlich des gegenwärtigen Friedensprozesses ist aus der Distanz nicht zu beurteilen, ob die MILF nur aus taktischen Gründen kooperiert, um Zeit für neue Rekrutierungsmaßnahmen zu gewinnen, oder ob sie tatsächlich bereit ist, jede Form von Zusammenarbeit mit terroristischen Gruppierungen einzustellen. Dafür würde zumindest mit Blick auf die Führung um *Murad* sprechen, dass die MILF 2004 in den von ihr kontrollierten Gebieten den Streitkräften Manilas bei der Verfolgung von Mitgliedern der JI assistierte (*Torres* 2004b). Bereits am 6. Mai 2002 hatten beide Seiten ein Gemeinsames Kommuniqué beschlossen, in dem sie „*the isolation and interdiction of all criminal syndicates and kidnap-for-ransom groups, including so-called 'lost commands' operating in Mindanao*“ (*ICG* 2004: 33) vereinbarten.

Jemaah Islamiyah

Zu Beginn der 70er Jahre gründeten *Abu Bakar Baasyir* und *Abdullah Sungkar* eine Islamschule in Solo auf Java. 1978 wurden beide verhaftet und zu neun Jahren Gefängnis verurteilt, jedoch bereits 1982 vorzeitig entlassen. 1985 flohen sie nach Malaysia. Erst nach dem Sturz des indonesischen Präsidenten *Suharto* 1998 kehrten *Baasyir* und *Sungkar*, der ein Jahr später starb, in ihre Heimat zurück. Während des Exils in Malaysia dürften sie ihr bis dahin aufgebautes Netzwerk, das als 'Pondok Ngruki' bekannt wurde, zu einer Organisation verdichtet haben, die heute den Namen 'Jemaah Islamiyah' trägt (*ICG* 2002a; *Wagener* 2002). Ein großer Teil ihrer Mitglieder ist jedoch nicht nur in Solo und vergleichbaren Islamschulen, sondern auch – wie im Falle der Kämpfer der ASG und der MILF – im afghanischen Bürgerkrieg in den 80er Jahren soziali-

siert worden. Die eigentliche Gründung der Organisation soll Mitte der 90er Jahre erfolgt sein (ICG 2002b: 1). Ihre Existenz wurde aber erst bekannt, als die Behörden Singapurs eine Verschwörung aufdeckten. Im Dezember 2001 waren 13 Mitglieder der JI verhaftet worden, denen u.a. vorgeworfen wird, Anschläge gegen die Botschaften der USA und Israels geplant zu haben.

Die JI strebt einen Islamischen Staat in Form eines Kalifats in Südostasien an, der neben Indonesien auch Singapur, Malaysia, den Süden der Philippinen, Brunei und das südliche Thailand umfassen soll. Sie gliedert sich vermutlich in vier operative Zellen, die 'Mantiqis' genannt werden. Die geographischen Zuteilungen sind in der Literatur nicht einheitlich: Mantiqi 1 ist für West-Malaysia und Singapur, möglicherweise aber auch für den Süden Thailands zuständig. Mantiqi 2 soll große Teile Indonesiens abdecken, im Schwerpunkt wahrscheinlich Java und Sumatra. Die Mitglieder von Mantiqi 3 agieren auf Kalimantan, Sabah, Sarawak, Brunei, Mindanao und Sulawesi. Mantiqi 4 ist schließlich in Australien und eventuell Papua aktiv (Ressa 2002; Ministry of Home Affairs 2003: 10; Abuza 2003: 133; ICG 2003: 11; Vaughn u. a. 2005: 8-10). Zur Finanzierung unterhält die Gruppierung verschiedene Wirtschaftsunternehmen, die 10 % ihres Verdienstes für den bewaffneten Kampf abzuführen haben (Ministry of Home Affairs 2003: 6). Baasyir galt bis zu seiner Verhaftung im Oktober 2002 als (spiritueller) Führer der JI, was er selbst stets zurückgewiesen hat. Ob sich seitdem an der Spitze der Gruppierung ein neuer 'Amir' durchsetzen konnte, ist unklar. Die Stärke der JI ist nur schwer einzuschätzen, sie dürfte aber bei einigen hundert Aktivisten liegen. Diesen werden u.a. die Anschläge von Bali am 12. Oktober 2002 (202 Tote), die Zerstörung des in Jakarta gelegenen Marriott-Hotels am 5. August 2003 (12 Tote) sowie eine weitere Bombenattacke in der indonesischen Hauptstadt gegen die australische Botschaft am 9. September 2004 (9 Tote) zugeschrieben (Heiduk/Möller 2004). Auf den Philippinen soll die JI u. a. in die 'Rizal Day Bombings' in Manila im Dezember 2000, in die Anschläge von Davao City im März/April 2003 sowie in die 'Valentine's Day Bombings' vom Februar 2005 verwickelt gewesen sein. Dabei arbeitet die Gruppierung offensichtlich eng mit der Al Qaida zusammen. Abdullah Sunskar soll Osama Bin Laden in Afghanistan in den 80er Jahren angeboten haben, die Kontakte der JI in Südostasien nutzen zu können (Ressa 2003: 134; Abuza 2003: 127-128). Eine der Schlüsselfiguren dieses Netzwerkes war bis zu seiner Verhaftung in Thailand im August 2003 Riduan Isamuddin alias Hambali. Er soll nicht nur Mitglied der Führung der Al Qaida, sondern auch Chef für operative Fragen der JI gewesen sein. Berichte über seine Verhörung scheinen die vermuteten Verbindungen zu bestätigen. Demnach war die Al Qaida der wichtigste Geldgeber der JI (Elegant 2003).

Der Süden der Philippinen, organisatorischer Bestandteil von Mantiqi 3, wird insbesondere zur Beschaffung von Waffen und zu Trainingszwecken genutzt. Die JI hatte dazu von 1994 bis 2000 im Hauptquartier der MILF ein eigenes Lager, Camp Hudaibiyah, unterhalten. Nach der Erstürmung von Camp Abu Bakar dürfte sie ihr Ausbildungszentrum an anderer Stelle neu errichtet haben, vermutlich wieder mit Unterstützung einzelner MILF-Anhänger. Die Stärke der JI auf den Philippinen wird unterschiedlich eingeschätzt. So wird darauf hingewiesen, dass die Schlagkraft der Organisation durch zahlreiche Verhaftungen von Mitgliedern der Führungsmannschaft geschwächt worden ist. Mit der Inhaftierung von Baasyir und Hambali sowie der Tötung von Al Ghazi sind drei Schlüsselfiguren neutralisiert worden. Zudem konnten mit Nasir Abbas (April 2003) und Mustofa (Mai 2004) ehemalige Führer und mit Taufiq Rifqi (Oktober 2003) der ehemalige Finanzexperte von Mantiqi 3 festgenommen werden. Über 200 mutmaßliche Mitglieder der JI, darunter diverse Ausbilder von Camp Hudaibiyah, sitzen in südostasiatischen Gefängnissen bzw. arbeiteten mit den Sicherheitsbehörden zusammen. Die philippinische Polizei vermutet, dass sich 2004 nur ca. 40 Mitglieder der JI auf Mindanao aufgehalten haben (AFP 2004a). Andere Berichte spekulieren über bis zu 600 Kämpfer (Corvera 2003) und eine schnell nachwachsende, neue Generation von Führungskräften (ICG 2003; Nakashima 2004).

Für die philippinische Regierung ist die JI nicht nur deshalb eine Herausforderung, weil sie zur Durchführung von Anschlägen fähig ist. Gerüchte über Experimente mit biologischen und chemischen Massenvernichtungsmitteln dürften diese Sorge verstärken (AFP 2004b). Die besondere Gefährdung ergibt sich aus der Vernetzung dieser Gruppierung. 1999 gründete die JI die Rabitatal Mujahidin, der die Funktion eines Dachverbandes muslimischer Widerstandsgruppen in Südostasien zukommt. Zu ihren Mitgliedern soll u.a. die MILF gehören (Abuza 2003: 171; Ressa 2003: xii; Ramakrishna 2004: 55). Mittels dieser und ähnlicher Vereinigungen, zu denen in Indonesien z.B. der im August 2000 gegründete 'Rat der indonesischen Gotteskrieger' (Majelis Mujahidin Indonesia, MMI) gehört, versucht die Führung der JI, andere Organisationen politisch zu radikalisieren. Zur Zielgruppe gehören, wie das Beispiel der Philippinen zeigt, nicht nur terroristische Vereinigungen, sondern auch Banditen und Guerillaverbände. Dabei versucht die JI, die MILF und die ASG zu unterwandern, um Einfluss auf deren Agenden zu erhalten. Jüngste Berichte des militärischen Geheimdienstes der Philippinen, die an die Presse gelangt sind, zeichnen folgendes Bild: Einzelne Aktivisten der genannten Gruppen würden miteinander trainieren. Die Mitglieder der JI stünden mittlerweile unter dem Schutz der

SOG der MILF sowie der ASG (Vargas 2005a). Zu den potentiellen Unterwanderungszielen dürften zudem verschiedene muslimische 'lost commands' auf Mindanao gehören. Deren Aktivitäten gefährden die Friedensverhandlungen zwischen Vertretern Gloria Macapagal-Arroyos und Al Haj Murad Ebrahims, wobei ein Scheitern dieses Prozesses ganz im Interesse der Führung von Mantiqi 3 liegen dürfte. Dazu soll die JI mit jenen abtrünnigen MILF-Kämpfern zusammenarbeiten, die am 9. Januar 2005 einen Armeeposten in der Nähe der Stadt Mamasapano angegriffen haben (Vargas 2005b). Vorstellbar ist des Weiteren, dass sie mit Kräften der MNLF kooperiert, die Nur Misuari treu ergeben sind. Vorbild dieser Infiltrationsstrategie dürfte die Al Qaida sein, der es in Afghanistan zeitweise gelungen war, erheblichen Einfluss auf die regierenden Taliban auszuüben. Da Terroristen grundsätzlich nur über eine dünne Personaldecke verfügen, ist diese Vorgehensweise die einzige Möglichkeit, die eigene Effizienz zu steigern, ohne dafür einen Guerillaverband aufbauen zu müssen.

Die JI lässt sich demnach typologisch eindeutig als regionale 'terroristische Vereinigung' einordnen. Dafür sprechen die religiös-fundamentalistische Zielsetzung (Kalifat), die dezentrale Organisationsstruktur (Mantiqis), eine äußerst vorsichtige und damit langsame Rekrutierung neuer Mitglieder sowie eine auf Bombenanschläge fixierte Kampfführung, die zivile Opfer in großer Zahl in Kauf nimmt. Enge Beziehungen zur Al Qaida (Finanzierung, Personal), die über ein bloßes taktisches Bündnis hinausgehen, substantiieren den terroristischen Schwerpunkt der Gruppierung. Die Mitglieder der JI sind Kriminelle, aber keine 'Banditen', da für sie der Erwerb finanzieller Ressourcen lediglich Mittel zum Zweck ist. Die Gruppierung ist ebenso klar von 'Guerilleros' abzugrenzen, da ihr für diesen Gewalttypus die numerische Stärke fehlt.

New People's Army

Die Philippinen sind Heimat der letzten großen kommunistischen Widerstandsbewegung Südostasiens. Die Communist Party of the Philippines (CPP) wurde am 26. Dezember 1968 von José Maria Sison gegründet. Seit dem 29. März 1969 verfügt sie mit der New People's Army (NPA) über einen eigenen militärischen Arm (Liwanag 1988; Sison/Werning 1993: 67-120). Offiziell ist Armando Liwanag – ein Pseudonym Sisons – Vorsitzender des Central Committee der CPP, womit er auch Oberster Befehlshaber der NPA ist. Als Sprecher beider Gruppierungen tritt Gregorio Rosal auf. Die wichtigsten Ziele der CPP sind der Sturz der Regierung in Manila, die als 'Marionette' der USA bezeichnet wird, sowie der Umbau der Philippinen zu einer sozialistischen Gesellschaft im Sinne des Marxismus-Leninismus-Maoismus (Liwanag 1993). Dazu sollen

insbesondere die Großgrundbesitzer enteignet werden, um deren Güter im Rahmen einer Landreform umzuverteilen. CPP und NPA sind Mitglied der National Democratic Front of the Philippines (NDFP), die am 24. April 1973 errichtet worden ist, offiziell als Dachverband aller sozialistisch orientierten politischen Gruppen im Inselarchipel fungiert und von Luis G. Jalandoni geführt wird. Sie hat ihren Sitz im niederländischen Exil in Utrecht und dürfte diese Situation dazu nutzen, unter den OFWs finanzielle Mittel für den Widerstand der Maoisten auf den Philippinen zu akquirieren. Vor allem dient sie aber der CPP seit 1992 als Verhandlungsführer in offiziellen Gesprächen mit der Regierung. José Maria Sison, der sich selbst nur als 'Chief Political Consultant' der NDFP bezeichnet, gilt weiterhin als zentrale Figur der Untergrundkämpfer und dürfte deren Kurs hinter den Kulissen maßgeblich beeinflussen, obwohl er seit 1987 ebenfalls in Utrecht im Exil lebt. Für diese Bewertung spricht, dass seine politischen Äußerungen nicht nur auf den Internetseiten von CPP, NPA und NDFP publiziert werden, sondern auch direkte Auswirkungen auf etwaige Friedensverhandlungen haben. Sison war 1977 inhaftiert und erst 1986 von Präsidentin Corazon Aquino (1986-1992) wieder freigelassen worden.

Die NPA verfügt gegenwärtig über 11.000 bis 13.000 Kämpfer (IISS 2004: 187), die in drei Divisionen (= neun Brigaden bzw. 27 Bataillone) organisiert sind und vermutlich in Einheiten von jeweils bis zu 50 Mann vor allem im ländlichen Bereich der Philippinen operieren. In Manila sowie in weiteren Großstädten verfügen die Maoisten über kleinere Zellen. Die NPA behauptet, an 128 'Guerilla-Fronten' in ca. 8.000 Dörfern ('barangays') aktiv zu sein (Liwanag 2003). Die Führung der AFP spricht dagegen von 107 'Guerilla-Fronten' in ca. 2.500 Dörfern, wobei die Zahl der Kämpfer von 9.200 in 2003 auf 8.800 in 2004 zurückgegangen sein soll (Kaufman 2004a). Diese Zahlen liegen zwar weit unter dem Höchststand von 25.000 Mitgliedern, die der NPA zeitweise in den 80er Jahren zugerechnet wurden. Im Vergleich zur zweiten Hälfte der 90er Jahre, in der diese Gruppierung nur über durchschnittlich 8.000 Kämpfer verfügte, hat sie sich allerdings konsolidiert. Zur Optimierung ihrer militärischen Effizienz hat die NPA ein taktisches Bündnis mit der MILF geschlossen. Beide Seiten sollen Angriffe abgesprochen haben, um die AFP an mehreren Fronten gleichzeitig zu binden. Die philippinische Regierung behauptet zudem, dass die Maoisten von den Moro-Rebellen Waffen erhalten. Die MILF hat eine Zusammenarbeit zugegeben, jedoch die Unterstellung, militärische Ausrüstungsgegenstände geliefert zu haben, zurückgewiesen (Kaufman/Torres 2004).

CPP und NPA haben in den vergangenen Jahrzehnten wie die MILF eine Art 'Staat im Staate' formiert und verstehen sich selbst als eine von zwei gegenein-

ander konkurrierende Regierungen auf den Philippinen: „*One is the nationwide revolutionary government of workers and peasants based in the countryside. The other is the counterrevolutionary government of big compradors and landlords centered in Manila.*“ (Sison 2004b) Im Gegensatz zur MILF operieren die Maoisten jedoch noch weitaus stärker aus dem Untergrund heraus, was z. B. daran abzulesen ist, dass sie über kein sichtbares Hauptquartier verfügen. Die organisatorischen Strukturen sind dennoch ausgereift. Die Finanzierung der Gruppierung erfolgt weitgehend über 'Revolutionssteuern', die nach Angaben von Gregorio Rosal zu ca. 90 % von den „*exploiting and oppressing ruling classes*“ (Rosal 2004) stammen. Dazu gehören vor allem Großgrundbesitzer und Unternehmen, die sich im Einflussbereich der NPA befinden. Aber auch Politiker, deren Wahlkreis sich auf Gebiete der Maoisten erstreckt, werden von 'Tax Implementation Units' zu Kontributionen gezwungen, die sie z. T. auch durch Übergabe von Gewehren des Typs M-16 abgelten (Kaufman 2004b; Espinosa 2004). Aus dem Ausland erhielten seine Genossen hingegen, so Rosal, kaum finanzielle Zuwendungen. CPP und NPA verfügen über eine eigene Rechtsprechung, die von einem 'Revolutionären Volksgericht' wahrgenommen wird. Dieses verhängt Urteile nicht nur gegen Mitglieder der eigenen Bewegung, sondern auch gegen politische 'Systemfeinde' – also Exponenten der herrschenden Klasse.

Die Regierung in Manila hat mit den Maoisten in den vergangenen Jahren immer wieder Friedensverhandlungen geführt. Diese waren zuletzt Mitte 2001 abgebrochen und erst im Februar 2004 im norwegischen Oslo wieder aufgenommen worden. Als die USA im folgenden August die Erklärung von CPP und NPA zu FTOs verlängerten, setzte die NDFP die Gespräche erneut aus (Morada 2004: 6-7). Jalandoni hat die Rückkehr an den Verhandlungstisch davon abhängig gemacht, dass beide Gruppierungen weder von den USA noch von der Europäischen Union (EU) als terroristische Vereinigung gebrandmarkt werden. Im Vergleich zu den Friedensverhandlungen mit der MILF gibt es jedoch einen wesentlichen Unterschied: In der Auseinandersetzung mit den Kämpfern von Al Haj Murad Ebrahim hat die Regierung Arroyo zumindest die Option, den Konflikt durch das Angebot einer ausgedehnten Autonomielösung zu beenden. Die NPA, der ein ethnisch bzw. religiös definiertes Stamm-land fehlt, kann in dieser Form hingegen nicht eingebunden werden. Ihre sozialrevolutionären Ziele sind nicht auf ein bestimmtes Gebiet begrenzt, sondern gegen das gesamte Gesellschaftssystem gerichtet. Eine Einbindung wäre nur möglich, wenn sich die Kommunisten zu Sozialdemokraten wandeln, womit sie ihre ursprüngliche Agenda vollkommen aufgeben müssten. Eine derartige Entwicklung ist zur Zeit nicht erkennbar.

Die NPA kann wie auch die MILF typologisch als Guerillaverband eingeordnet werden. Dafür spricht insbesondere ihr permanentes Streben nach zusätzlichem Rückhalt in der Bevölkerung, um die Regierung in Manila zu stürzen. Nach eigenen Angaben widmet die NPA 90 % ihrer Tätigkeit politischen Aktivitäten wie der Werbung neuer Mitglieder und nur 10 % dem militärischen Kampf. Aus theoretischer Sicht hat ihre politische Führung zudem die Lehren Mao Tse-Tungs zum Guerillakrieg idealtypisch verinnerlicht. Das Central Committee der CPP erklärte am 29. März 2004, dass der revolutionäre Widerstand sukzessive wachsen müsse, „*from strategic defensive through the strategic stalemate to the strategic offensive. Thus, it must pursue the strategic line of encircling the cities from the countryside over a protracted period of time in order to accumulate armed strength until it can seize the cities on a nationwide scale.*“ (CC/ CPP 2004) Gegenwärtig befinde sich die Gruppierung in der Phase der strategischen Defensive.

Die typologische Klassifizierung der Maoisten als 'Terroristen' wird deshalb dem Schwerpunkt ihrer Aktivitäten nicht gerecht. Zwar verfügt die NPA wie auch die MILF über Sondereinsatzgruppen, die u. a. zur Vollstreckung von 'Todesurteilen' eingesetzt werden. Diese terroristische Vorgehensweise ist aber als Teil der asymmetrischen Kriegführung eines Guerillaverbandes zu verstehen. Die USA halten dennoch an ihrer erstmals am 9. August 2002 vorgenommenen Einordnung von CPP und NPA als FTO fest. Seit dem 12. August 2002 steht zudem José Maria Sison auf der Terrorismus-Liste des U.S. Department of the Treasury. Diese Bewertungen liegen ganz auf der Linie der Regierung Arroyo, die von zunehmenden Verbindungen zwischen internationalen Terroristen und der NPA ausgeht (Vargas 2004). Darüber hinaus wirft sie den Maoisten die Verwicklung in Drogengeschäfte vor (Villanueva 2003). Die Bush-Administration dürfte mit ihrer Politik aber auch sehr pragmatische Ziele verfolgen: Durch die FTO-Etikettierung wird, *erstens*, die letzte große kommunistische Widerstandsgruppe Südostasiens geschwächt, die massiv gegen die amerikanische Weltpolitik agitiert. Die USA seien als „*No. 1 terrorist power*“ (Sison 2004a) Wurzel allen Übels auf den Philippinen. Darüber hinaus ruft die CPP – und dies dürfte für Washington entscheidend sein – zum Kampf gegen „*US imperialism on a global scale*“ (CC/ CPP 2004) auf. Die NPA könnte, *zweitens*, vor allem auf den Philippinen als konkrete Gefahr für amerikanische Bürger betrachtet werden. Gregorio Rosal bedroht regelmäßig US-Soldaten, die sich zu Übungen im Inselarchipel befinden, mit dem Tode, sollten sie sich in Gebieten der Maoisten aufhalten. Washington unterstützt auf diese Weise schließlich, *drittens*, einen seiner wichtigen Bündnispartner in Südostasien und darf auf Gegenleistungen Manilas hoffen.

Alex Boncayao Brigade

Je kleiner eine Gruppierung ist und je verdeckter sie agiert, desto schwieriger wird eine typologische Einordnung. Dies gilt auf den Philippinen für die Alex Boncayao Brigade (ABB), die 1984 von *Felimon Lagman* gegründet wurde. Sie agierte wahrscheinlich zunächst innerhalb der Strukturen von CPP und NPA, spaltete sich aber von diesen 1993 offiziell ab. Beide Seiten hatten u.a. unterschiedliche Auffassungen über die Art der Kriegführung, wobei die ABB für eine Urbanisierung des Guerillakampfes eintrat und dies im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch praktizierte. Nachdem *Lagman* zunehmend an Einfluss verloren hatte, trat *Nilo de la Cruz* an seine Stelle und schloss 1997 ein Bündnis mit der Revolutionary Proletarian Army (RPA), die von *Arturo Tabara*, ebenfalls ein ehemaliges hochrangiges Mitglied der CPP, geführt wurde. Die nun RPA-ABB genannte Vereinigung dürfte aus ca. 500 Kämpfern bestehen, die vor allem auf Luzon sowie in den Visayas operieren. Ihnen werden bis zu 200 gezielte Tötungen von Vertretern der philippinischen Administration, insbesondere Polizisten, zur Last gelegt. Seit 1999 verfügt die RPA-ABB über einen politischen Arm, die Rebolusyonaryong Partido ng Manggagawa-Pilipinas (RPM-P), deren Vorsitzender ebenfalls *Tabara* wurde. Ein weiterer wichtiger Entscheidungsträger ist *Carapali Lualhati*, der als Nationaler Befehlshaber ('national commander') der RPA-ABB bezeichnet wird. Nachdem *Tabara* im September 2004 von einer Sondereinsatzgruppe der NPA erschossen wurde, dürften wesentliche Führungsaufgaben auf *Nilo de la Cruz* übergegangen sein (*Department of State* 2004a: 140-141; *George* 2004; *IISS* 2004: 373; *Kaufmann* 2004e; *Ombion* 2004).

Die Berichterstattung über den gegenwärtigen Status dieser Gruppierung ist widersprüchlich. Folgende Varianten werden diskutiert: Die RPA-ABB verfolgt, *erstens*, einen von der NPA abweichenden politischen Kurs. Sie wäre damit eine konkurrierende Guerillaorganisation innerhalb des kommunistischen Lagers. Die RPA-ABB habe sich, *zweitens*, mit der Regierung arrangiert und strebe eine Legalisierung als politische Partei an (*Madarang* 2004). Darauf aufbauend könnte sie, *drittens*, von den philippinischen Streitkräften oder auch von örtlichen Politikern im Kampf gegen die maoistischen Guerilleros – quasi als Privatarmee – eingesetzt werden. Die RPA-ABB sei schließlich, *viertens*, zu einem Söldnerheer mutiert, das sich an den Meistbietenden verkaufe. In der Realität scheint diese Gruppierung im Laufe ihrer Geschichte allen vier Varianten gerecht geworden zu sein. Relativ sicher sind die Erkenntnisse darüber, dass sie sich in einer andauernden gewaltsamen Auseinandersetzung mit der NPA befindet. Deren Führung wirft der RPA-ABB Verrat vor, da sie im Dezember 2000

einen Waffenstillstand mit der Regierung *Estrada* unterzeichnet hat. Gewaltakte der 'Brigade' deuten zwar darauf hin, dass dieser sehr brüchig ist und nicht von allen Mitgliedern geachtet wird. Die Maoisten *Sisons* sind jedoch davon überzeugt, dass dieses Abkommen die Basis für gemeinsame Aktivitäten der RPA-ABB, der AFP und der philippinischen Polizei gegen die NPA ist. Für diese Behauptung gibt es in der Tat Indizien. So bat *Lualhati* im Juli 2002 die philippinischen Sicherheitsbehörden um Unterstützung, nachdem eines seiner Lager in Negros von der NPA angegriffen worden war (*Cadagat/Ombion* 2002). Hinweise auf Söldnerstrukturen liegen ebenfalls vor. Mitglieder der RPA-ABB sollen 2003 von der Provinzregierung in Negros für Überwachungsmaßnahmen in den örtlichen Wäldern eingesetzt worden sein (*Ombion* 2003).

Eine saubere typologische Einordnung ist vor diesem Hintergrund fast unmöglich. Zumindest der Typus des 'Banditen' kann ausgeschlossen werden. Denn abgesehen von den üblichen 'lost commands' dürften die Aktivitäten der RPA-ABB nicht auf eine persönliche Bereicherung ihrer Mitglieder zielen. Die geringe numerische Stärke in Kombination mit politisch motivierten Anschlägen weist hingegen auf Charakteristika einer terroristischen Vereinigung hin. Diese würde jedoch nicht mit der Regierung über eine Beendigung des gewaltsam ausgetragenen Konflikts diskutieren. Folgende vorsichtige Bewertung soll getroffen werden: Die RPA-ABB befindet sich seit Jahren in einer Übergangsphase zwischen 'Guerilleros', deren Kampf das Anfangsstadium nicht verlassen konnte, und 'Terroristen', die sich nie vollständig radikalisierten. Sollte sie ihre Aktivitäten einstellen, würde dies entweder auf einen Erschöpfungszustand oder aber auf eine politische 'Sozialdemokratisierung' hinweisen.

Pentagon Gang

Auch im Falle der Pentagon Gang ist die Informationslage äußerst dürftig. Den jährlichen Berichten des US-Außenministeriums zur globalen Entwicklung des Terrorismus ('Patterns of Global Terrorism') ist lediglich zu entnehmen, dass sich diese Gruppierung auf die Erpressung von Lösegeldern für entführte philippinische oder ausländische Staatsbürger spezialisiert hat. Jenseits dieser Einschätzungen sind alle weiteren Bewertungen ebenso spekulativ wie oftmals auch widersprüchlich. In der philippinischen Presse wird folgendes Bild vermittelt: Die Pentagon Gang wurde vermutlich Ende der 90er Jahre gegründet, besteht aus ehemaligen Mitgliedern der MNLF sowie der MILF und operiert vornehmlich auf Mindanao. Offizielle Angaben zur Stärke der Gruppierung existieren nicht. Medienberichte gehen aber stets nur von einer geringen Zahl an Aktivisten aus, die vermutlich in der Summe deutlich unter 500 liegt. Bis zu

30 Geiselnahmen soll die Pentagon Gang in den vergangenen Jahren durchgeführt haben (Maitem 2003a). Ihr Anführer, *Tahir Alonto*, ist ein ehemaliges Mitglied der MILF. Er soll im August 2004 einer Jagdoperation der AFP zum Opfer gefallen sein. Berichte vom Frühjahr 2005 gehen allerdings davon aus, dass *Alonto* weiterhin am Leben ist, zumal seine Leiche nicht gefunden wurde (Baliao 2005).

Für die philippinischen Sicherheitsbehörden ist insbesondere das Verhältnis der MILF zur Pentagon Gang von Interesse. Folgende Kooperationsmuster werden für möglich gehalten: Beide Seiten haben, *erstens*, ein Zweckbündnis geschlossen. Dabei ist unklar, ob nur einzelne, in dieser Frage unabhängig agierende Kommandeure oder auch Führungsmitglieder der MILF an der Zusammenarbeit beteiligt sind. Die philippinische Polizei geht, *zweitens*, davon aus, dass die Angehörigen der Pentagon Gang zur Sondereinsatzgruppe *Al Haj Murad Ebrahims* gehören. *Drittens* wird vermutet, dass diese Vereinigung schlicht eine Splittergruppe der MILF ist. Deren Sprecher, *Eid Kabula*, behauptet wiederum, *viertens*, die Pentagon Gang sei von den philippinischen Sicherheitsbehörden gegründet worden (Maitem 2003b). Die Motive beider Parteien dürften jeweils wie folgt aussehen: Die MILF nutzt die Tatergebnisse der Pentagon Gang zum einen zur Querfinanzierung, da sie selbst einen Imageschaden befürchtet, sollte sie versuchen, ihren Etat durch Lösegelderpressungen aufzubessern. Zum anderen könnte es sein, dass sie auf diesem Wege besondere Fertigkeiten für die SOG anwirbt (etwa Spezialisten zur Durchführung von Terroranschlägen). Im Gegenzug dürften die Mitglieder der Pentagon Gang Munition, Verpflegung und Unterschlupf in den Gebieten der MILF erhalten.

Spekulationen über gemeinsame Aktivitäten beider Seiten sind in den vergangenen Jahren immer wieder zum Hindernis im Friedensprozess auf Mindanao geworden. Die Regierung *Arroyo* hat z. B. den Angriff der AFP auf den Buliok-Komplex im Februar 2003 als Säuberungsaktion gerechtfertigt, da Mitglieder der Pentagon Gang in diesem Gebiet von der MILF Unterschlupf gewährt worden sei. Ob dies den Tatsachen entspricht oder ob Manila nur einen Vorwand suchte, um *Hashim Salamat* weiter zu schwächen und damit seinen Handlungsraum für künftige Friedensverhandlungen einzuengen, bleibt unklar. Die Führung der MILF distanziert sich mittlerweile offiziell von der Pentagon Gang. Sie hat zudem den AFP im August 2004 die Erlaubnis erteilt, *Tahir Alonto* in ihrem Gebiet zu verfolgen (Kaufmann 2004d). Für die typologische Bewertung kann folgendes Fazit gezogen werden: Die Handlungen der Pentagon Gang scheinen primär auf monetäre Vorteilsnahme gerichtet zu sein, weshalb ihre Mitglieder in erster Linie als 'Banditen' einzuordnen sind, Soweit sie

gegen Entgelt Aufträge für die SOG der MILF durchführen, werden sie auch dem Typus des 'Söldners' gerecht.

Foreign Terrorist Organizations?

Die Untersuchung hat gezeigt, dass es keine abschließende Definition gibt, die eine absolut trennscharfe Unterscheidung von internationalen Terroristen, Insurgenten und Banditen erlaubt. Die wissenschaftliche Forschung vermag, zentrale Merkmale substaatlicher Gewaltformationen zu identifizieren. Wann jedoch genau ein Guerillero zu einem Terroristen mutiert, ist nicht immer mit letzter Klarheit zu sagen, da eine Gruppierung z. B. in einer typologischen Übergangsphase zeitweise wichtigen Merkmalen beider Idealtypen gerecht werden kann. Das Terrorismus-Verständnis des US-Außenministeriums ist daher in weiten Teilen unscharf, wodurch eine ganze Reihe substaatlicher Gewaltformationen falsch kategorisiert worden ist. Das heißt, dass es auf den Philippinen weit weniger internationale Terroristen gibt, als die amerikanischen Behörden wahrhaben wollen. CPP und NPA sowie die MILF gehören im Kern zu den 'Insurgenten'. Die Mitglieder der ASG werden derzeit am ehesten den Kriterien marodierender 'Banditen' gerecht, wenngleich sie in ihrer Geschichte zeitweise auch dem Erscheinungsbild der 'Terroristen' bzw. 'Guerilleros' entsprachen und derzeit eine Repolitisierung ihrer Agenda stattfinden könnte. Die Pentagon Gang kann primär als Vereinigung von 'Banditen' bezeichnet werden. Die Vergangenheit der RPA-ABB weist klare Merkmale des 'Terrorismus' auf, obwohl sie offensichtlich um eine Art Guerillakampf bemüht ist. Lediglich die Mitglieder der JI lassen sich wie jene der Al Qaida eindeutig als 'Terroristen' verorten.

Die FTO-Definition des US-Außenministeriums hat mehrere Schwächen. Das Gros der „*Legal Criteria for Designation*“ (Department of State 2004b) erscheint zwar unproblematisch. Eine Gruppierung müsse, um zur FTO erklärt werden zu können, eine „*foreign organization*“ sein, sich in „*terrorist activity*“ oder „*terrorism*“ engagieren und die Sicherheit amerikanischer Bürger oder der USA bedrohen. Bedenklich ist jedoch jenes Kriterium, das eine Art inhaltliche Öffnungsklausel darstellt: Soweit kein faktisches Tun feststellbar sei, reiche bereits „*the capability and intent to engage in terrorist activity or terrorism*“ aus, um etwa eine Widerstandsbewegung als terroristische Organisation zu brandmarken. Die inhaltliche Bestimmung des Terminus „*terrorist activity*“ ist zudem derart weit gehalten, dass sie typische Formen der Gewaltanwendung von Insurgenten und Banditen ebenfalls erfasst. So werden u. a. Sabotageakte gegen Trans-

portmittel, Entführungen mit anschließender Erpressung oder Attentate zu terroristischen Aktivitäten gezählt.

Das eigentliche Problem lässt sich damit weiter einkreisen. Das Etikett 'Terrorist' kann deshalb so einfach am Potomac verliehen werden, weil die Bewertung nicht zwingend vor dem Hintergrund einer systematisch aufgefächerten Typologie erfolgen muss, sondern bereits die Identifikation von „any activity“ (Department of State 2004b) ausreicht. Damit wird darauf verzichtet, zwei wesentliche Dinge voneinander zu unterscheiden: Ist die ins Visier genommene Gruppe im Kern als terroristisch zu bezeichnen? Oder bedient sie sich lediglich regelmäßig terroristischer Methoden, wird im Schwerpunkt ihrer Tätigkeit mehrheitlich aber den Kriterien von Insurgenten oder Banditen gerecht? Weil diese Differenzierung nicht vorgenommen wird, finden sich u.a. auch die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) auf der FTO-Liste. Diese wenden zweifellos terroristische Methoden an. Da sie aber weite Teile des Nordostens Sri Lankas kontrollieren und über geschätzte 7.000 Kämpfer verfügen, stellen sie im Schwerpunkt Insurgenten dar.

Die im jährlich erscheinenden Bericht 'Patterns of Global Terrorism' verwendete Terrorismus-Definition, die von der amerikanischen Regierung bereits seit 1983 eingesetzt wird, ist ebenfalls problematisch, da sie ein strukturell umfassendes Phänomen mit einem Satz zu klären versucht: „The term terrorism means premeditated, politically motivated violence perpetrated against noncombatant targets by subnational groups or clandestine agents, usually intended to influence an audience.“ (Department of State 2004a: xii) Unter Nichtkombattanten werden dabei neben Zivilisten auch jene Soldaten verstanden, „who at the time of the incident are unarmed and/or not on duty.“ Demnach wäre der Jordanier Abu Musab al-Zarqawi kein Terrorist, soweit er Anschläge gegen amerikanische Soldaten im Irak, die sich im Einsatz befinden, durchführt. Al-Zarqawi war vom US-Außenministerium am 19. September 2003 jedoch zum 'Terroristen' erklärt worden. Alan B. Krueger and David D. Laitin kommen daher nach einer Analyse der 'Patterns of Global Terrorism 2003' vom April 2004 zu folgendem Schluss: „The report's broad definitions, moreover, are sometimes too blunt to help classification.“ (Krueger/Laitin 2004: 10)

Zu bezweifeln ist, dass das Weiße Haus sowohl die FTO- als auch die allgemeine Terrorismus-Definition in mangelnder Sachkenntnis vorgenommen hat. Interpretatorische Schlupflöcher dürften vielmehr ganz bewusst eingebaut worden sein, um diese politisch instrumentalisieren zu können. Mit anderen Worten: Die Bush-Regierung will in ihrem Kampf gegen den Terrorismus und

andere substaatliche Gruppierungen, deren Aktivitäten gegen amerikanische Interessen verstoßen, über flexible Handlungsoptionen verfügen. Typologische Raster, von denen Entscheidungen abhängig gemacht werden, können nicht gewünscht sein, weil sie den außenpolitischen Aktionsradius aus Sicht der USA unnötig einengen würden. In der Praxis bedeutet dies, dass Außenministerin Condoleezza Rice, unterstützt vom Office of Counterterrorism, bereits im Falle eines Verdachts jede beliebige substaatliche Gewaltformation zur FTO erklären kann. Für die betroffene Gruppe folgt daraus, dass ihre finanziellen Mittel, soweit sie sich im Zugriffsbereich amerikanischer Behörden befinden, eingefroren werden; Mitglieder einer solchen Organisation können aus den USA ausgewiesen werden; amerikanischen Bürgern ist jede Form materieller Unterstützung verboten. Washington versucht zudem, diese Vereinigungen auf internationaler Ebene zu stigmatisieren und zu isolieren.

Die amerikanische FTO-Terminologie ist schließlich nicht nur unscharf, sondern auch unhistorisch. Bereits ein flüchtiger Blick in die Geschichte des Zweiten Weltkrieges würde den Verantwortlichen im Weißen Haus zeigen, dass unter Verwendung ihrer Begrifflichkeit der Widerstand gegen die nationalsozialistische Vorherrschaft in Europa neu bewertet werden müsste – mit geradezu grotesken Ergebnissen. Jeder gegen Transportmittel der Wehrmacht in Frankreich durchgeführte Gewaltakt wäre demnach von französischen Terroristen (und nicht von Partisanen!) verübt worden, wenn sich die deutschen Soldaten zum Zeitpunkt des Anschlages auf dem Weg in den Fronturlaub befanden. Das gegen Reinhard Heydrich am 27. Mai 1942 verübte Attentat, dem der 'Stellvertretende Reichsprotektor' von Böhmen und Mähren wenige Tage später erlag, wäre aus dieser Sicht ebenfalls ein terroristischer Akt gewesen – und nicht eine Form des politischen Widerstandes der unterdrückten tschechischen Bevölkerung. Die Typologisierung substaatlicher Gewaltformationen ist daher nicht nur zur Bewertung und Gestaltung der Gegenwart, sondern auch zum Verständnis der Vergangenheit von Wert.

Martin Wagener, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am
Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Außenpolitik der Universität Trier.

Literatur

- Abuza, Z. (2002): Tentacles of Terror: Al Qaeda's Southeast Asian Network, in: *Contemporary Southeast Asia*, Nr. 3, Dezember 2002, S. 427-465.
Abuza, Z. (2003): *Militant Islam in Southeast Asia. Crucible of Terror*, Boulder – London.

- AFP (2004a): Over 40 JI members hiding in Mindanao, Ermita says, in: *The Manila Times*, 26. Juni 2004 (online).
- AFP (2004b): Asia seen to face specter of chemical terrorism, in: *The Manila Times*, 10. Juli 2004 (online).
- AFP / Reuters (2004): Smell of death greets 'SuperFerry' rescuers, in: *The Manila Times*, 1. März 2004 (online).
- Amnesty International (2003): Philippines. Torture persists: appearance and reality within the criminal justice system, o.O., 24. Januar 2003. (<http://web.amnesty.org/library/print/ENGASA350012003>, 18.03.2005)
- AP / J. Antiporda (2005): AFP pounds Abu Sayyaf, MILF lair in Maguindanao, in: *The Manila Times*, 28. Januar 2005 (online).
- Baliao, M. R. (2005): Police major, 3 others killed in Maguindanao ambush, in: *The Manila Times*, 3. Februar 2005 (online).
- Barreveld, D. J. (2001): Terrorism in the Philippines. The bloody trail of Abu Sayyaf, Bin Laden's East Asian Connection, Lincoln.
- Burnham, G. (2003): In the presence of my enemies, with Dean Merrill, Wheaton.
- Cadagat, E. A. / K. G. Ombion (2002): Armed Renegades in All-Out War vs NPA in Negros, in: *Bulatlat*, Nr. 25, 28. Juli-3. August 2002. (Zugang über <http://www.bulatlat.com>, 22.02.2005).
- Canlas, J. u.a. (2004): Abu Sayyaf planted bomb in 'Superferry,' says GMA, in: *The Manila Times*, 12. Oktober 2004 (online).
- Central Committee / Communist Party of the Philippines (2004): Fight for national liberation, democracy and peace through protracted people's war, o.O., 29. März 2004. (Zugang über <http://www.philippinerevolution.org>, 22.02.2005).
- Chalk, P. (2001): Separatism and Southeast Asia: The Islamic Factor in Southern Thailand, Mindanao, and Aceh, in: *Studies in Conflict & Terrorism*, Nr. 4, Juli-August 2001, S. 241-269.
- Chandrasekaran, R. (2001): Terrorism War's New Front, in: *The Washington Post*, 22. Dezember 2001, S. A01.
- Clamor, M. C. B. (2003): The Philippine Perspective, in: R. Gunaratna (ed.), *Terrorism in the Asia-Pacific. Threat and Response*, Singapur, S. 202-221.
- Corvera, A. (2003): Time magazine: 600 JI members still in RP, in: *The Philippine Star*, 16. Dezember 2003 (online).
- Cronin, A. K. (2003): Behind the Curve. Globalization and International Terrorism, in: *International Security*, Nr. 3, Winter 2002/2003, S. 30-58.
- Cruz, M. V. (2004): Misuari urges Muslims to reject terrorism, in: *The Manila Times*, 16. April 2004 (online).
- Cruz, M. V. u. a. (2005): Rebels hunted down, in: *The Manila Times*, 12. Februar 2005 (online).
- Daase, C. (1999): Kleine Kriege - Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert, Baden-Baden.
- Davis, A. (1998): Interview: Salamat Hashim, in: *Jane's Defence Weekly*, Nr. 12, 25. März 1998, S. 32.

- Department of State (2004a): Patterns of Global Terrorism 2003, Washington D.C., April 2004.
- Department of State (2004b): Foreign Terrorist Organizations, Washington D.C., 29. Dezember 2004. (<http://www.state.gov/s/ct/rls/fs/2004/37191.htm>, 06.01.2005).
- Department of State (2005): Philippines. Country Reports on Human Rights Practices 2004, Washington D.C., 28. Februar 2005. (<http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2004/41657.htm>, 18.03.2005)
- Der Brockhaus (2003): Multimedial 2004 Premium, Mannheim, Stand vom 2. Juni 2003.
- Duden (2003): Deutsches Universalwörterbuch, 5. überarbeitete Auflage, Mannheim - Leipzig - Wien - Zürich.
- Elegant, S. (2003): The Terrorist Talks, in: *Time*, 13. Oktober 2003 (online).
- Espinosa, L. (2004): AFP: NPA hit squads kill 22 police, military informers, in: *The Manila Times*, 8. November 2004 (online).
- George, A. (2004): In the Spotlight: Alex Boncayao Brigade (ABB), *Center for Defense Information*, 6. Februar 2004. (Zugang über <http://www.cdi.org>, 22.02.2005).
- Guevara, E. C. (1968): Guerilla - Theorie und Methode. Sämtliche Schriften zur Guerillamethode, zur revolutionären Strategie und zur Figur des Guerilleros, herausgegeben von H. Kurnitzky, Berlin.
- Gunaratna, R. (2002): Inside Al Qaeda. Global Network of Terror, London.
- Gutierrez, J. (2005): Links between Abu Sayyaf and JI increasing-analysts, in: *The Manila Times*, 4. Februar 2005 (online).
- Hahlweg, W. (1968): Guerilla. Krieg ohne Fronten, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz.
- Heiduk, F. / K. Möller (2004): Der Bombenanschlag von Jakarta. Die Rückkehr der Jemaah Islamiyah?, SWP-Aktuell, Berlin, September 2004.
- Heintze, H.-J. (2002): Ächtung des Terrorismus durch das Völkerrecht, in: H. Frank, K. Hirschmann (Hrsg.), *Die weltweite Gefahr. Terrorismus als internationale Herausforderung*, Berlin, S. 67-102.
- Hirschmann, K. (2002): Internationaler Terrorismus gestern und heute: Entwicklungen, Ausrichtung, Ziele, in: H. Frank, K. Hirschmann (Hrsg.), *Die weltweite Gefahr. Terrorismus als internationale Herausforderung*, Berlin, S. 27-66.
- International Crisis Group (ICG) (2002a): Al-Qaeda in Southeast Asia: The Case of the "Ngruki Network" in Indonesia, Brüssel - Jakarta, 8. August 2002.
- ICG (2002b): How the Jemaah Islamiyah Terrorist Network operates (Indonesia Backgrounder), Brüssel - Jakarta, 11. Dezember 2002.
- ICG (2003): Jemaah Islamiyah in Southeast Asia: Damaged but still dangerous, Brüssel - Jakarta, 26. August 2003.
- ICG (2004): Terrorism and the Peace Process (Southern Philippines Backgrounder), Singapur - Brüssel, 13. Juli 2004.
- International Institute for Strategic Studies (IISS) (1990): *The Military Balance 1990/1991*, London.
- IISS (1999): *The Military Balance 1999/2000*, London.
- IISS (2000): *The Military Balance 2000/2001*, London.
- IISS (2004): *The Military Balance 2004/2005*, London.
- Jünger, E. (1951): *Der Waldgang*, Frankfurt am Main.

- Kaldor, M. (2000): Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt am Main.
- Kaufman, K. B. (2004a): NPA influence on the rise in countryside, AFP admits, in: *The Manila Times*, 10. Januar 2004 (online).
- Kaufman, K. B. (2004b): Military finds NPA extortion alarming, in: *The Manila Times*, 22. April 2004 (online).
- Kaufman, K. B. (2004c): Abu finance officer falls in Zamboanga, in: *The Manila Times*, 15. Mai 2004 (online).
- Kaufman, K. B. (2004d): Attack on Pentagon had MILF OK, in: *The Sunday Times*, 15. August 2004 (online).
- Kaufman, K. B. (2004e): 'Ka' Roger: NPA responsible for death of former CPP committee member, in: *The Manila Times*, 9. Oktober 2004 (online).
- Kaufmann, K. B. / M. T. Torres (2004): NPA raiders' arms came from MILF, in: *The Manila Times*, 14. Januar 2004 (online).
- Kimminich, O. / S. Hobe (2000): Einführung in das Völkerrecht, 7. überarbeitete Auflage, Tübingen – Basel.
- Kiras, J. D. (2002): Terrorism and Irregular Warfare, in: J. Baylis, J. Wirtz, E. Cohen, C. S. Gray (eds.), *Strategy in the Contemporary World. An Introduction to Strategic Studies*, Oxford – New York, S. 208–232.
- Kreuzer, P. (2003): Die Rebellion der Muslime im Süden der Philippinen, HSFK-Report, Nr. 7/2003, Frankfurt am Main.
- Krueger, A. B. / D. D. Laitin (2004): "Misunderestimating" Terrorism. The State Department's Big Mistake, in: *Foreign Affairs*, Nr. 5, September/Oktober 2004, S. 8-13.
- Langenscheidt (1990): Langenscheidts Großes Schulwörterbuch Französisch-Deutsch, Berlin – München – Wien – Zürich – New York.
- Laqueur, W. (2004): No end to war. Terrorism in the twenty-first century, New York – London.
- Liwanag, A. (1988): Brief Review of the History of the Communist Party of the Philippines, o.O., 26. Dezember 1988. (Zugang über <http://www.philippinerevolution.org>, 23.02.2005)
- Liwanag, A. (1993): Marxism – Leninism – Mao Zedong Thought as Guide to the Philippine Revolution, o.O., 6. - 7. November 1993. (Zugang über <http://www.philippinerevolution.org>, 23.02.2005).
- Liwanag, A. (2003): Raise the level of the People's War and achieve All-round Advances, o.O., 29. März 2003. (Zugang über <http://www.philippinerevolution.org>, 22.02.2005).
- Madarang, L. (2004): Rebs field Ilocos Sur bets, in: *The Manila Times*, 8. Januar 2004 (online).
- Maitem, J. (2003a): 14 soldiers get medals for bravery, in: *The Manila Times*, 22. Januar 2003 (online).
- Maitem, J. (2003b): MILF raising funds through kidnapping, says top cop, in: *The Manila Times*, 24. September 2003 (online).
- Mao, T. (1969): Vom Kriege. Die kriegswissenschaftlichen Schriften, Gütersloh.

- Ministry of Home Affairs (2003): The Jemaah Islamiyah Arrests and the Threat of Terrorism (White Paper), Singapur, 7. Januar 2003.
- Morada, N. M. (2004): The Philippines: Security Context and Challenges, Vortragspapier des Third Europe-Southeast Asia Forum der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 13.-15. Dezember 2004.
- Münkler, H. (2001): Terrorismus als Kommunikationsstrategie. Die Botschaft des 11. September, in: *Internationale Politik*, Nr. 12, Dezember 2001, S. 11-18.
- Münkler, H. (2002): Die neuen Kriege, zweite Auflage, Hamburg.
- Münkler, H. (2003): Über den Krieg. Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion, zweite Auflage, Weilerswist.
- Nakashima, E. (2004): Indonesian Militants 'Keep Regenerating', in: *The Washington Post*, 25. März 2004, S. A17.
- Ombion, K. G. (2003): Ex-CAFGUs Score Hiring of RPA-ABB Members as Forest Guards, in: *Bulatlat*, Nr. 37, 19.-25. Oktober 2003. (Zugang über <http://www.bulatlat.com>, 22.02.2005).
- Ombion, K. G. (2004): Tabara armed group: From 'rebels' to 'rogues', in: *The Manila Times*, 25. Oktober 2004 (online).
- Rabasa, A. M. (2003): Political Islam in Southeast Asia: Moderates, Radicals and Terrorists, Adelphi Paper 358, London, Mai 2003.
- Ramakrishna, K. (2004): Terrorism in Southeast Asia. The Ideological and Political Dimensions, in: D. Singh, C. K. Wah (eds.), *Southeast Asian Affairs 2004*, Singapur, S. 54-60.
- Regalado, E. u.a. (2005): Valentine's bombing spree, Abu claims responsibility, in: *The Philippine Star*, 15. Februar 2005 (online).
- Ressa, M. A. (2002): Terror network growing in Asia, Australia, in: *CNN*, 21. Oktober 2002 (online).
- Ressa, M. A. (2003): Seeds of Terror. An Eyewitness Account of Al-Qaeda's Newest Center of Operations in Southeast Asia, New York.
- Ringuet, D. J. (2002): The Continuation of Civil Unrest and Poverty in Mindanao, in: *Contemporary Southeast Asia*, Nr. 1, April 2002, S. 33-49.
- Rosal, G. (2004): Interview with Ka Roger, o.O., Januar 2004. (Zugang über <http://www.philippinerevolution.org>, 22.02.2005)
- Salamat, H. (1998): Interview, in: *Nida'ul Islam*, Nr. 23, April-Mai 1998. (<http://www.islam.org.au/articles/23/ph2.htm>, 16.02.2005).
- Sartorius (2004): Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll II) vom 8. Juni 1977, in: *Sartorius II. Internationale Verträge / Europarecht*, Stand vom Februar 2004, Text 54b, S. 1-10.
- Schmitt, C. (1963): Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen, Berlin.
- Schneckener, U. (2002): Netzwerke des Terrors. Charakter und Strukturen des transnationalen Terrorismus, SWP-Studie, Berlin, Dezember 2002.
- Sison, J. M. / R. Werning (1993): Die philippinische Revolution. Eine Innenansicht, Essen.

- Sison, J. M. (2004a): Bush has done a lot of favors to Osama bin Laden and Al Qaida, o.O., 12. August 2004. (Zugang über <http://www.philippinerevolution.org>, 22.02.2005).
- Sison, J. M. (2004b): Two governments exist in the Philippines: one is revolutionary, the other counterrevolutionary, o.O., 21. August 2004. (Zugang über <http://www.philippinerevolution.org>, 22.02.2005)
- Torres, M. T. (2004a): Attack on Metro foiled, in: *The Manila Times*, 31. März 2004 (online).
- Torres, M. T. (2004b): MILF, AFP forces team up to weed out terrorist cells, in: *The Manila Times*, 29. Juni 2004 (online).
- Turner, M. (1995): Terrorism and Secession in the Southern Philippines: The Rise of the Abu Sayaff, in: *Contemporary Southeast Asia*, Nr. 1, Juni 1995, S. 1-19.
- Van Creveld, M. (1991): Die Zukunft des Krieges, München 1998 [Original 1991].
- Vargas, A. (2004): RP safe from terror threats for now - NSC chief Ebdane, in: *The Manila Times*, 23. Oktober 2004 (online).
- Vargas, A. (2005a): JI training new MILF recruits for bombings, in: *The Manila Times*, 22. Januar 2005 (online).
- Vargas, A. (2005b): JI lairs bombed; 40 slain, in: *The Manila Times*, 29. Januar 2005 (online).
- Vargas, A. (2005c): Fight on, Abu Sayyaf tells MILF, in: *The Manila Times*, 9. Februar 2005 (online).
- Vargas, A. (2005d): Makati 'bomber' eluded arrest, Razon admits, in: *The Manila Times*, 2. März 2005 (online).
- Vaughn, B. u.a. (2005): Terrorism in Southeast Asia, *Congressional Research Service/Report for Congress*, RL31672, Washington D.C., Stand vom 7. Februar 2005.
- Villanueva, M. (2003): GMA: NPA turning to drug trade to finance rebellion, in: *The Philippine Star*, 6. Juli 2003 (online).
- Von Clausewitz, C. (1832): Vom Kriege. Hinterlassenes Werk, Berlin 1998 [Original 1832].
- Wagener, M. (2002): Jemaah Islamiyah, in: *Europäische Sicherheit*, Nr. 12, Dezember 2002, S. 11-14.
- Wagener, M. (2003a): Südostasien als Operationsgebiet von Al Khaida, in: *Internationale Politik*, Nr. 2, Februar 2003, S. 35-42.
- Wagener, M. (2003b): Der Anti-Terror-Einsatz der USA auf den Philippinen, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift*, Nr. 4, Juli/August 2003, S. 405-418.
- Waldmann, P. (1998): Terrorismus. Provokation der Macht, München.
- Wright-Neville, D. (2004): Dangerous dynamics: activists, militants and terrorists in Southeast Asia, in: *The Pacific Review*, Nr. 1, März 2004, S. 27-46.

Aus den Politikbereichen

Entwicklungspolitik

Erfolgskontrolle in der Entwicklungszusammenarbeit

In der Entwicklungspolitik steht immer noch die Argumentation mit monetären Leistungen einzelner Geberländer oder -institutionen im Vordergrund. In der politischen Diskussion wird die Bereitschaft, einen Beitrag zur Verminderung globaler Einkommensunterschiede zu leisten, an den jährlich mobilisierten und transferierten Summen gemessen. Die OECD hat präzise Vorgaben geliefert, wie die 'Official Development Assistance' (ODA) eines Mitgliedslandes zu messen ist. Das 1970 von der UN-Vollversammlung beschlossene 'Ziel', die wohlhabenden Länder müssten jährlich 0,7 % ihres BSP für Entwicklungshilfe (bilateral und multilateral) einsetzen, wird gerne von der jeweiligen Opposition herangezogen, um dessen Unterschreitung oder gar weiteres Absinken als Beweis für das mangelnde entwicklungspolitische Engagement der Regierung zu werten. (Der ODA-Anteil der Bundesrepublik beträgt derzeit 0,28 %) Überhaupt spielen die Vereinten Nationen und ihre vielen Unterorganisationen eine besonders prominente Rolle bei der Betonung der Mobilisierungsseite der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). 'Fund Raising' ist Teil des institutionellen Überlebenskampfes. Dieses Phänomen kennen wir durchaus auch auf der nationalen Bühne. Die Kirchen und viele andere Nichtregierungsorganisationen verwenden erhebliche Budgets für Werbung und Mittelmobilisierung. Natürlich sind auch die staatlichen Institutionen der EZ, allen voran das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auf verlässliche jährliche Haushaltszuweisungen angewiesen, um internationale Verpflichtungen zu erfüllen (z. B. Steigerung des ODA-Anteils am BSP auf 0,33 % bis 2006), um seine Programme fortzuführen und um im Konzert der Geberländer und -institutionen als ernstzunehmender Hauptdarsteller wahrgenommen zu werden.

Diese Argumentations- und Denkweise stellt auf Inputgrößen ab. Sie beruht auf der Vorstellung, dass die entwicklungspolitischen Wirkungen mit der Höhe der ODA-Leistungen positiv korreliert sind. Wenn etwa afrikanische Entwicklungsländer im weltweiten Vergleich ein besonders desolates Bild abgeben und, z. B. gemessen an dem Indikator 'Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens in den letzten 10 Jahren' weltweit das Schlusslicht bilden, dann